

19. März

2/2026

www.landtag-mv.de



+++ Landarztquote an Unimedizinen erhöhen +++ Sicherheit an Schulen +++ Neubewertung des offenen Vollzugs
+++ Jugendaustausch institutionalisieren +++ Mehr digitale Lernmöglichkeiten an Schulen +++ Modernisierung
des öffentlichen Dienstes beschlossen +++ Neuregelung des Landeswasserrechts +++ Konzert zum Gedenktag
„Stimmen des Holocaust“ +++



	AUS DEM PLENUM	
3	Aktuelle Stunde	“Mit Zeit, Mut und Verantwortung – Freiwilliges Engagement ist Schlüssel für festen Zusammenhalt, lebendige Demokratie und ein starkes Mecklenburg-Vorpommern” (auf Antrag der Fraktion der SPD)
4 - 11	Auszüge aus der Originaldebatte	Christine Klingohr (SPD), Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, Enrico Schult (AfD), Daniel Peters (CDU), Jeannine Rösler (Die Linke), Constanze Oehrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Barbara Becker-Hornickel (Gruppe der FDP)
12 – 23	Berichte	Debatte über Willkommenskultur und berufliche Integration SPD und Die Linke: Landarztquote an Unimedizinen erhöhen AfD fordert Sicherheit an Schulen CDU will Neubewertung des offenen Vollzugs Kein Verbot zweier Hammerskins-Unterorganisationen in MV FDP fordert gezielte Steuerentlastungen
24 - 28	Meldungen	Mehr digitale Lernmöglichkeiten an Schulen Studienquote für Zahnärzte und Pharmazeuten Modernisierung des öffentlichen Dienstes beschlossen Die Linke: Wohnungslosigkeit und Segregation bekämpfen AfD fordert Einsparungen Debatte zu Schienenverkehr BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jugendaustausch institutionalisieren FDP: Digitale Probleme der Polizei lösen Neuregelung des Landeswasserrechts Neues Mediengesetz verabschiedet
29 - 37	Befragung der Landesregierung	
38 - 39	Gesetzgebung	
40 - 43	Ausschüsse	Enquete-Kommission: Gutachten vorgestellt Agrar- und Rechtsausschuss in Brüssel Sitzung des Ständigen Ausschusses in Brüssel
44 - 46	Panorama	„Stimmen des Holocaust“ - Konzert zum Gedenktag 2. Jugendtag im Landtag Europakonferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten Bienen wieder auf dem Schlosdach
48	Wussten Sie schon?	

Titelfoto: Uwe Sinnecker

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
- Öffentlichkeitsarbeit -
Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
Fon: 0385 / 525-2113, Fax 525-2151
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion: Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Anna-Maria Leistner
Referatsleiter: Julien Radloff
Autoren: Jacqueline Myrrhe,
Joachim Mangler

Layout: Uwe Sinnecker

Druck: produktionsbüro TINUS
Gedruckt auf Recyclingpapier

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht in jedem Fall die Meinung des
Herausgebers wieder. Alle Abbildungen
sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck
nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Die LandtagsNachrichten können kostenlos
bezogen werden. Bestellungen sind an den
Herausgeber zu richten.
Redaktionsschluss 20.02.2026



Christine Klingohr (SPD) während der Aktuellen Stunde mit dem Titel "Mit Zeit, Mut und Verantwortung – Freiwilliges Engagement ist Schlüssel für festen Zusammenhalt, lebendige Demokratie und ein starkes Mecklenburg-Vorpommern" auf Antrag der Fraktion der SPD

Foto: Uwe Sinnecker

SPD: Freiwilliges Engagement stärkt die Gesellschaft

Aktuelle Stunde mit Lob für Arbeit der Ehrenamtsstiftung MV

■ Ohne ehrenamtliches Engagement funktioniert keine Gesellschaft. In diesem Punkt sind sich alle Fraktionen einig, wie sich in einer von der SPD-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde zeigte. Unterschiede gibt es jedoch bei den favorisierten Inhalten der ehrenamtlichen Tätigkeiten.

„Ehrenamt ist nicht das Sahnehäubchen unserer Gesellschaft. Ehrenamt ist das Fundament“, erklärte **Christine Klingohr** (SPD) in der Aktuellen Stunde zu freiwilligem Engagement und Ehrenamt in MV. Mehr als ein Drittel der Menschen ab 14 Jahren engagiere sich freiwillig. Da reiche es nicht, nur danke zu sagen. „Wir kümmern uns um Respekt, Rückenwind und Rahmenbedingungen.“ Ein Meilenstein sei die 2015 gegründete Ehrenamtsstiftung MV.

MV fördere die Arbeit der Ehrenamtsstiftung mit jährlich rund zwei Millionen Euro“, sagte **Ministerpräsidentin Manuela Schwesig** (SPD). Sie lobte das Engage-

ment der 14- bis 19-Jährigen, von denen 51 Prozent ehrenamtlich tätig seien. „Von wegen die Jugend hängt nur am Handy.“ Schwesig schlug vor, einen Jugend-Engagementpreis ins Leben zu rufen. Vorbildliches Engagement von jungen Menschen solle gewürdigt werden.

Das Ehrenamt steht nach Ansicht von **Enrico Schult** (AfD) stark unter Druck. „Fast 90 Prozent der Engagierten nennen die Gewinnung neuer Mitglieder als größtes Problem. Knapp 80 Prozent kämpfen mit der Finanzierung ihrer Arbeit.“ Die ehrenamtlich Tätigen seien überlastet und müssten sich mit massiven Dokumentationspflichten herumschlagen. Dabei sei Engagement kein Selbstläufer. Er kritisierte, dass Fördergelder an schwierige Förderanträge gebunden seien.

Auch der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** berichtete von schwierigen Erfahrungen der ehrenamtlich Engagierten mit der Bürokratie. Diese wollten die Zeit nicht dafür nutzen, irgendwelche

Zettelwirtschaften zu betreiben. Er forderte Entlastung. „Wir können auch das Signal senden, dass wir die Aufwandsentschädigungen, die sie bekommen, komplett steuerfrei stellen.“ Gleichzeitig leiste das Ehrenamt einen wichtigen Beitrag bei der Bekämpfung der Einsamkeit.

Nach Angaben der Fraktionsvorsitzenden der Linken, **Jennine Rösler**, haben mehr als 3.300 ehrenamtlich Tätige eine Ehrenamtskarte. Jedoch verspürten viele Engagierte Misstrauen und Angst. „Vor allem Vereine und Initiativen, die sich klar zu demokratischen Grundwerten bekennen, geraten unter Druck.“ Sie sagten, dass Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit keinen Platz haben. „Das ist der AfD und politischen Akteuren von Rechts außen ein Dorn im Auge.“

Auch die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehlrich**, griff die AfD scharf an. Zur Zivilgesellschaft mit freiwillig Engagierten gehörten Demokratie-, Gleichstellungs-, Integrations- und Umweltinitiativen

ebenso wie Wohlfahrtsverbände, Blaulichtorganisationen oder Gewerkschaften und Jugendverbände. „Diese Zivilgesellschaft will die AfD, sobald sie an der Macht ist, erklärtermaßen brechen oder mit einem anderen Wort - gleichschalten.“

„Der Wille und die Freude am Ehrenamt ziehen sich durch alle Generationen. Es

verbindet die Überzeugung, dass unser Land stark ist, wenn Menschen bereit sind, miteinander und füreinander einzustehen“, sagte **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). Engagement brauche Freiräume und Unterstützung. Deshalb müsse Bürokratie abgebaut werden. „Mit der Ehrenamtsstiftung MV sind wir auf einem wirklich guten Weg.“

Der SPD-Fraktionsvorsitzende **Julian Barlen** betonte, dass MV an der Seite der hunderttausenden Frauen und Männer stehe, die durch ihr Engagement in allen Regionen dieses Land am Laufen halten. Gleichzeitig griff Barlen die AfD-Fraktion an, die seiner Ansicht nach die Zivilgesellschaft nach eigenem Ermessen gestalten und damit gleichschalten wolle. „So wie es der AfD passt.“

■ Christine Klingohr, SPD:

„Zusammenhalt entsteht nicht durch Parolen.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Demokratie in Mecklenburg-Vorpommern beginnt nicht erst hier im Plenarsaal. Sie beginnt im Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr, sie beginnt auf dem Sportplatz am Mittwochabend. Sie beginnt am Küchentisch der Landfrauen, im Jugendklub, beim Besuchsdienst, dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. [...]

Zusammenhalt entsteht nicht durch Parolen. Er entsteht dort, wo Menschen einander sehen, einander helfen, einander aushalten und gemeinsam etwas aufbauen. Eine Gesellschaft hält zusammen, wenn sie Gerechtigkeit erlebt, Solidarität praktiziert, Teilhabe ermöglicht, Respekt und Anerkennung lebt und Vertrauen in ihre Institutionen hat. Diese Werte fallen nicht vom Himmel, sie werden gemacht, jeden Tag. Und freiwilliges Engagement ist einer der stärksten Motoren dafür. [...]

Ohne all jene, ohne all jene, die nach Feierabend, am Wochenende oder zwischen Familienalltag und Beruf mit anpacken, wäre Mecklenburg-Vorpommern nicht so lebenswert, wie es heute ist. Engagement trägt unser Land in einer Breite, die man gar nicht hoch genug schätzen kann – in Nachbarschaftshilfen und Besuchsdiensten, in der Telefonseelsorge, bei den Tafeln, in der Begleitung von Menschen mit Behinderung, in Elterninitiativen und Jugendarbeit. Es wirkt im Sport als Training, Betreuung, Vorstandsarbeit und in Kulturverei-

nen, Chören, Theatern, Lesepatenschaften. Es schützt und hilft in Feuerwehr, Wasserrettung, Katastrophenschutz. Und es stärkt Demokratie direkt als Wahlhilfe im Ehrenamt, als ehrenamtlicher Bürgermeister [...], im Ehrenamt der Kommunalpolitik, in Beiräten, in der Erinnerungsarbeit. Das ist [in] Mecklenburg-Vorpommern [...] gelebte Wirklichkeit, keine Theorie. Und jetzt die neue Engagementstrategie, die nicht am Reißbrett entstanden ist, sondern gemeinsam mit denen, die Engagement täglich leben. Wir haben als Parlament [...] die Erarbeitung der Strategie auf den Weg gebracht. Und am 13. Januar 2026 hat das Kabinett die neue Engagementstrategie beschlossen. Das ist die klare Ansage: Ehrenamt soll nicht vom guten Willen allein leben, sondern von verlässlichen Bedingungen, die im Alltag tragen. [...]

Ein Ziel ist, dass Menschen, die sich engagieren wollen, sich schneller und unkomplizierter mit Initiativen und Vereinen vernetzen können, die Engagierte benötigen. Und daraus folgen Handlungsempfehlungen, die praktisch sind: Zuhören, Auswerten, Umsetzen. [...]

Engagement ist nicht unerschöpflich. Ehrenamtliche Zeit ist kostbar. Sie steht in Konkurrenz zur Arbeitsbelastung, Pflegeverantwortung, Kinderbetreuung, Pendelzeiten. Darum ist unser politischer Auftrag: Respekt, Rückenwind, Rahmenbedingungen, weniger Bürokratie, verständliche Verfahren, Unterstützung und Anerkennung, die ankommt, etwa über die Ehrenamtskarte und über Maßnahmen wie die Anhebung der Übungsleiterpauschale. [...]

Ehrenamt ist nicht zusätzlich, Ehrenamt ist Teil der Lösung, gerade beim Thema „Einsamkeit“, beim „Guten Leben im Alter“, beim „Leben auf dem Land“. Darum bleibt unser Anspruch, wir würdigen Engagement nicht nur, wir sichern es ab mit Förderung, Beratung, Anerkennung, pragmatischen Verfahren, mit starken Partnern wie Ehrenamtsstiftung MV und DSEE. [...] Wer behauptet, unser Land sei nur noch gespalten, hat nicht hingeschaut. Wer sagt, Demokratie sei schwach, soll sehen, was in Vereinen, Kommunen, Beiräten und bei Wahlhelfern täglich geleistet wird. Wer meint, es gehe nur noch „ich zuerst“, der soll mitgehen zur Tafel, zum Besuchsdienst, zur Jugendgruppe, zur Freiwilligen Feuerwehr. Solange Menschen füreinander eintreten, ist Mecklenburg-Vorpommern stärker als jede Spaltung.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

■ Ministerpräsidentin Manuela Schwesig:

„Unsere Aufgabe, ein Land zu gestalten, in dem sich alle Menschen engagieren können, ein Land mit starken Rahmenbedingungen für das Ehrenamt, unser Land ist ein solches Land.“



Foto: Uwe Sinnecker

[...] Ehrenamtliche [...] sind unverzichtbar für unsere Sicherheit, [...] Prüfer in den Kammern [...] Vorstandsmitglieder in den Verbänden. [...] Schöffen, [...] Mandatsträger in der Kommunalpolitik. [...] unsere vielen ehrenamtlichen [...] Bürgermeister, [...] Jedes Ehrenamt, das sich für unser Land starkmacht, für die Demokratie und für den Zusammenhalt, muss unterstützt werden.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

[...] Engagierte erleben, dass sie beleidigt, bedroht [...] tötlich angegriffen werden, [...] Ehrenamt verdient Respekt. [...] Danke zu sagen mit Veranstaltungen mit Auszeichnung, ist ein sehr wichtiges Anliegen. [...] Es fehlt eine Gruppe, [...] wo auch die Ehrenamtsstrategie zeigt, da müssen wir mehr tun, [...] die Gruppe, [...] der Jugendlichen [...] das ist für mich [...] Inspiration vorzuschlagen, dass wir zukünftig gemeinsam mit unserer Ehrenamtsstiftung, [...] einen Jugend-Engagement-Preis ausloben, [...] Die direkte Engagementförderung ist [...] ein kleiner Teil [...], was die Ehrenamtlichen insgesamt an Unterstützung bekommen. [...] Das 50-Millionen-Programm für neue Feuerwehrgerätehäuser [...] verbessert [...] die Bedingungen für Freiwillige Feuerwehren. [...] die Kulturförderung kommt bei ehrenamtlichen Kulturinitiativen an, die Förderung der Wohlfahrtspflege bei sozial engagierten Ehrenamtlichen, und die Ehrenamtsstiftung richtet sich [...] an [...] Initiativen, die sonst nicht in den anderen Strängen dabei wären. Und so wird unsere Landesengagementförderung rund.

Damit auch das Ehrenamt in Zukunft stark bleibt, haben wir [...] eine Engagementstrategie erarbeitet [...] aus der Zivilge-

sellschaft, [...] dem Landessportbund, Wohlfahrtsverbänden, Freiwilligenagenturen, Ehrenamtsstiftung und [...] Vertretern der Kommunen. [...]

Es gibt mehrere Strategien, [...]. Die Gewinnung neuer Engagierter ist die erste [...]. [...] die zweite [...] die Beteiligung durch Fortbildung und Beratung. [...] beim Bürokratieabbau gibt es ein Maßnahmenpaket zur Vereinfachung des Zugangs zu staatlichen Zuschüssen. [...] Und außerdem gibt es seit diesem Jahr eine höhere Ehrenamtspauschale bei der Steuer, [...] wir müssen das Ehrenamt unterstützen, damit gerade kleine Organisationen auch in Zukunft Mitglieder finden, mit Landesförderung, aktiver Engagementpolitik, der Engagementstrategie, [...].

[...] Ehrenamt darf kritisch sein. Das ist Teil [...] seines Rechts in einer Demokratie. Und wer, [...], wie die AfD die „Brechung der Macht der Nichtregierungsorganisationen“ als Regierungsprogramm ausruft, ist eine Gefahr für unsere Demokratie, [...].

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, CDU, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

[...] Die Freiheit der [...] Bürger, sich selbst zu organisieren und ihre Interessen in einer demokratischen Öffentlichkeit zu vertreten, ist Kern einer demokratischen, freien Gesellschaft, und die wollen wir bleiben.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP)

Wer [...], die Förderung gemeinnütziger Organisationen davon abhängig machen will, ob ihre Meinung ins eigene Weltbild passt,

(Martin Schmidt, AfD: Was erzählen Sie denn da für einen Unsinn?! – Julian Barlen, SPD: Getroffene Hunde bellen!)

bedroht unsere Demokratie, denn Meinungsfreiheit ist eines unserer wichtigsten demokratischen Grundwerte. [...] Die Freiheit der anderen und die Kritik der Zivilgesellschaft auszuhalten, ist manchmal anstrengend,

(Heiterkeit vonseiten der Fraktion der AfD)

aber die Voraussetzung dafür, dass wir alle frei in einer Demokratie leben können. Unsere Aufgabe, ein Land zu gestalten,



Ministerpräsidentin Manuela Schwesig am Rednerpult

Foto: Uwe Sinnecker

in dem sich alle Menschen engagieren können, [...] ein Land mit starken Rahmenbedingungen für das Ehrenamt, unser Land ist ein solches Land.

Freiwilliges Engagement hält uns zusammen und stärkt die Demokratie. [...] Lassen Sie uns gemeinsam, alle Demokratinnen und Demokraten, alles dafür tun, dass es so bleibt! [...]

AfD

Videos der Debatten des Landtages



Erleben Sie die Debatten aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern als Video-Mitschnitt
Etwa einmal monatlich tritt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu mehrtägigen, öffentlichen, Plenarsitzungen zusammen.
Hier können Sie sich die Abstimmungen und Debatten ansehen.

www.youtube.com/user/MVLandtag

■ Enrico Schult, AfD:



Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! [...] sehr geehrte Damen und Herren, das Ehrenamt ist wichtig [...] wir haben 600.000 Menschen [...] in Vereinen, bei der Feuerwehr, im Sport [...]

Doch diese beeindruckenden Zahlen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen [...] dass das Ehrenamt auch unter massivem Druck steht. [...] Gewinnung neuer Mitglieder [...] Finanzierung [...] Besetzung von Ämtern [...]

Sie kennen alle die Probleme, sie liegen auf der Hand. [...] Engagement ist kein Selbstläufer, es beruht auf Zeit, auf Idealis-

mus und auf Freiheit [...] Deshalb sollten wir dort den Vereinen entgegenkommen, mit nicht noch immer mehr Auflagen, mit Nachweispflichten und Datenschutzvorschriften [...] schwierige Förderanträge

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Sehr geehrte Kollegen, wir wollen das Ehrenamt unterstützen, aber nicht durch diese Fördermittelbürokratie, [...] die Sie an den Tag legen, sondern wir wollen in der Tat die Vereine direkt unterstützen, ohne großartige Symbolik, die Sie ja auch immer wieder versuchen in die Öffentlichkeit zu zerren. [...] Wir wollen [...] unterbinden, [...] dass andere dafür bezahlen und dass Sie sich damit wichtigmachen.

[...] Statten Sie die Kommunen so aus, dass sie in der Lage sind, ihre Vereine zu unterstützen

[...] im Kreistag Mecklenburgische Seenplatte [...] haben [wir] [...] lediglich noch 2,4 Prozent freiwillige Leistungen in diesem Haushalt [...] normal sind 5 bis 10 Prozent. [...] deshalb sind natürlich die Vereine auch darauf angewiesen, bei der Landesregierung [...] betteln zu gehen.

Das wollen wir nicht!

[...] Frau Schwesig sprach ja auch die Ehrenamtskarte an [...] der ganz große Kracher ist diese Ehrenamtskarte [...] nicht [...] 3,21 Millionen Euro wurden für die Ehrenamtskarte ausgegeben, von 2020 bis 2023 – viel Geld, aber bei den Ehrenamtlichen kam da kaum was an.

*(Patrick Dahlemann, SPD:
Ach, so ein Quatsch!)*

[...] 92 Prozent der Ehrenamtlichen sagen, dass sie diese Ehrenamtskarte [...] kaum oder selten nutzen, weil es für sie einfach unattraktiv ist.

[...] Ich möchte noch auf ein weiteres Problem hinweisen. Das ist in der Tat immer wieder offenkundig, dass das Ehrenamt [...] politisch instrumentalisiert wird.

(Thore Stein, AfD: Genau!)

[...] Frau Rösler, Sie selber haben sich hingestellt und gesagt: Wo es brennt, da muss man löschen, ich als Feuerwehrfrau weiß das [...] AfD-Verbot jetzt!

[...] uns [...] wurde [...] von mehreren Stellen berichtet, dass insbesondere Kollegen der SPD-Fraktion gesagt haben: Na wenn ihr mit denen euch abgibt, dann wird es wahrscheinlich keine Fördermittel mehr geben in der Zukunft.

[...] die Landesregierung setzt nicht auf Freiheit, sie setzt auf Kontrolle. Das Ehrenamt [...] ist kein freies Engagement mehr,



Enrico Schult (AfD) am Rednerpult

Foto: Uwe Sinnecker

das ist Vorfeldpolitik: Wer zahlt, bestimmt, wer fördert, setzt Grenzen.

[...] ich bin selber [...] in einem Fußballverein [...] ich will Ihnen mal von einer Mitgliederversammlung berichten [...] Da kam der Vereinsvorsitzende um die Ecke und hat gesagt, liebe Leute, wir müssen jetzt eine Satzungsänderung gegen Rechtsextremismus in unsere Satzung schreiben [...] Auf meine Frage, warum [...] meinte der Vereinsvorsitzende, ja, da hängen Fördermittel dran, denn wenn diese Satzungsänderung nämlich so explizit drinsteht, dann haben wir bessere Chancen auf Fördermittel.

(Unruhe vonseiten der Fraktion der SPD)

Das [...] zeigt doch das Dilemma dieser ganzen Diskussion [...] dass Sie das Ehrenamt nutzen, um politisch zu wirken. Das wollen wir nicht [...]

(Beifall vonseiten der Fraktion der AfD)

Wir bedanken uns ausdrücklich bei diesen vielen Ehrenamtlichen da draußen [...] Die AfD wird Sie weiter unterstützen, und wir werden es aber nicht wie andere Parteien an die große Glocke hängen. Danke schön, dass es Sie gibt da draußen! – Vielen Dank!

Daniel Peters, CDU:



Daniel Peters, CDU

Foto: Uwe Sinnecker

[...] Meine Damen und Herren, es ist völlig richtig und an jeder Stelle richtig und notwendig, das Ehrenamt zu loben. Das passiert sehr häufig, das passiert auch hier und heute. Deswegen ist es richtig, dass wir das Ehrenamt heute in der Aktuellen Stunde auch miteinander diskutieren, das besprechen und auch die Dinge durchaus benennen, die in den letzten Jahren Gutes, wo auch Politik etwas Gutes für das Ehrenamt geschaffen hat.

Ich kann mich auch noch an einen Strategiefonds erinnern, den wir zu gemeinsamen Regierungsverantwortungszeiten mal aufgelegt haben. [...] Ich kann mich erinnern, wir haben diesen Strategiefonds aus Haushaltsresten gespeist, [...] sozusagen das, was dann noch übrig war. Und das war doch einiges. Und das konnten wir in diesen Strategiefonds gießen und konnten da Etliches davon auch Gutes tun im Land Mecklenburg-Vorpommern. Insofern wäre es vielleicht an der Zeit, diesen Strategiefonds in dieser Dimension auch wiederzubeleben.

(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU)

[...] Und ich schaue mir natürlich schon auch den wachsenden Druck des Ehrenamtes an. Das Thema Bürokratie ist gefallen. Ich war kürzlich auf der Insel Usedom und habe da mit einem Trainer gesprochen, der eine junge Handballmannschaft trainiert und der mir dann davon berichtete, wie sehr er dann sozusagen noch mal genötigt wurde, 1,40 Euro irgendwo in der Abrechnung, das konnte er nicht irgendwie identifizieren, die haben gefehlt, und ein wahnsinniger Aufwand, der da betrieben werden musste. Und natürlich kann man sagen, ja, es muss alles richtig sein, das ist auch ein richtiger Anspruch, aber bei 1,40 Euro die Leute so zu drangsalieren, finde ich auch irgendwie völlig unanständig, muss man ehrlicherweise sagen.

[...] auch die Freiwilligen Feuerwehren, das Thema Brandschutz, all das ist genannt worden, und jetzt müssen wir mal ehrlich schauen, was ist denn da gerade passiert. Diejenigen Ehrenamtler übernehmen teilweise pflichtige Aufgaben. Das sind pflichtige Aufgaben auf der gemeindlichen Ebene. Wenn



Gäste aus dem Ehrenamt und der Ehrenamtsstiftung verfolgen die Landtagssitzung

Foto: Uwe Sinnecker

wir über das Thema Brandschutz reden, das wird von Ehrenamtlern abgeleistet. Und ich sage auch, ehrenamtliche Bürgermeister, das ist ja eine Aufgabe, die eine solche Verantwortung mit sich bringt, wo ich mich frage, wie können wir die denn in ihrem Verantwortungsdasein noch stärker unterstützen.

Und deswegen sage ich ganz deutlich, wir können auch hier das Signal senden, dass wir die Aufwandsentschädigung, die die bekommen, mal komplett steuerfrei stellen.

*(Beifall vonseiten der Fraktion der CDU
und der Gruppe der FDP)*

Das ist ja nur bis zu einer bestimmten Grenze der Fall, danach schlägt der Fiskus dramatisch zu. Und ich sage Ihnen ganz deutlich, das wäre doch ein klares Signal, dass wir denjenigen mal sagen, wir unterstützen euch wirklich, gerade weil ihr teilweise pflichtige Aufgaben übernehmt.

[...] Wir haben Ihnen vorgeschlagen, Jubiläumszuwendungen für Katastrophenschutz Helfer stärker finanziell zu unterstützen, Jubiläumszuwendungen auch nach dem Brandschutz-Ehrenzeichen-Gesetz stärker zu unterstützen, wir haben Brandschutzerziehung an Schulen vorgeschlagen – alles wichtige Dinge, womit auch das Ehrenamt noch gestärkt werden kann und insbesondere die Freiwilligen Feuerwehren. Und wenn wir ehrlich sind, das sind ja nicht einfach nur Feuerwehren, weil die da ein gutes Miteinander pflegen und weil sie eine der wenigen letzten Stützen insbesondere im ländlichen Raum sind, sondern weil sie unsere Sicherheit mitgarantieren. Hier haben wir Vorschläge gemacht, die sind leider alle abgelehnt worden. [...]



Studierende der FH Güstrow auf der Besuchertribüne

Foto: Uwe Sinnecker

■ Jeannine Rösler, Die Linke:

[...] Wir würdigen in dieser Aktuellen Stunde etwas, das man nicht kaufen, nicht erzwingen und nicht verordnen kann: freiwilliges Engagement. Es entsteht dort, wo Menschen sich entscheiden, füreinander da zu sein, [...]

Rund 25.000 Menschen engagieren sich in unseren Freiwilligen Feuerwehren – ehrenamtlich. [...]

In unseren Sportvereinen übernehmen viele Tausende Ehrenamtliche Verantwortung [...]. Sie sorgen dafür, dass Kinder Sport treiben, Jugendliche Gemeinschaft erleben und ältere Menschen in Bewegung bleiben, oft in Orten, in denen es sonst kaum Angebote gibt.

In der Kulturarbeit halten Ehrenamtliche Theatergruppen, Chöre, Lesekreise, Dorfkultur am Leben. [...]

In der Nachbarschaftshilfe, in Tafeln, Initiativen gegen Einsamkeit oder in der Begleitung älterer Menschen leisten Ehrenamtliche täglich soziale Arbeit, die man nicht einfach ersetzen kann. [...] Sie helfen Geflüchteten beim Ankommen, sorgen dafür, dass Menschen, die kaum noch wissen, wie sie über den Monat kommen, nicht alleingelassen werden.

All das geschieht oft still, ohne Applaus, ohne große Bühne, aber mit einer Wirkung, die man nicht hoch genug schätzen kann.

Diese Menschen zeigen uns jeden Tag, eine Gesellschaft lebt nicht nur von dem, was sie besitzt, sondern von dem, was sie füreinander tut. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)



Jeannine Rösler, Die Linke

Foto: Uwe Sinnecker

DIE LINKE

Demokratie ist kein Zuschauersport. Sie lebt davon, dass Menschen sich beteiligen [...].

Und deshalb möchte ich Danke sagen, Danke an alle, die sich engagieren, [...] oft neben Beruf, Familie, Pflege und eigenen Sorgen. [...]

[...] Ehrenamt ist kein Selbstläufer. Es braucht [...] Rahmenbedingungen. [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Die Stiftung für Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement, die Ehrenamtskarte und die Engagementstrategie des Landes sind wichtige Schritte, um Engagement zu stärken, sichtbar zu machen und weiterzuentwickeln. [...]

Dass diese Stiftung eine Erfolgsgeschichte ist, liegt vor allem an den Menschen, die sie tragen. Mein herzlicher Dank gilt all denen, die dort Tag für Tag beraten, zuhören, begleiten und stärken [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

Zur Wertschätzung gehört auch, dass Engagement gesehen und anerkannt wird. Die Ehrenamtskarte ist dafür ein gutes Beispiel. Mehr als 300 Partnerunternehmen machen inzwischen mit und über 3.300 Ehrenamtliche haben diese Karte erhalten. [...]

Natürlich ersetzt eine Karte nicht den Dank, den Ehrenamtliche verdienen. Aber sie zeigt, ihr Einsatz wird gesehen.

(Enrico Schult, AfD: Aber die nutzen das doch gar nicht, Frau Rösler.)

[...] bei aller Anerkennung erleben viele Engagierte

(Enrico Schult, AfD: Sagen Sie doch mal was dazu!)

jedoch auch eine andere Realität. Sie spüren Verunsicherung, sie spüren Misstrauen und manche spüren auch Angst. Vor allem Vereine und Initiativen, die sich klar zu demokratischen Grundwerten bekennen, geraten unter Druck, [...] weil sie Haltung zeigen, weil sie sagen, Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit haben hier keinen Platz.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das, [...] ist der AfD und politischen Akteuren von rechts außen ein Dorn im Auge. Sie stellen genau diese demokratische Haltung infrage. Sie behaupten, Engagement für Demokratie sei zu politisch, sei nicht nötig. Sie unterstellen mangelnde Neutralität. [...]

*(Jan-Phillip Tadsen, AfD: Vor Kurzem noch vom Verfassungsschutz beobachtet.)
[...]*

(Martin Schmidt, AfD: Das war klar, dass Sie das verteidigen.)

Sie werden diskreditiert, um sie einzuschüchtern.

(Thore Stein, AfD: Es wurden ja Beispiele genannt.)

Aber das, meine Damen und Herren, werden wir nicht zulassen.

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zivilgesellschaft darf und muss Haltung zeigen.

(Torsten Koplín, Die Linke: Richtig!)

Unser Dank an die Engagierten ist deshalb verbunden mit Schutz und mit Rückhalt. Wer sich für Demokratie einsetzt, soll und muss wissen, wir stehen zusammen.

[...] Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, [...] dass Vereine frei arbeiten können und dass freiwillige Engagement, das bleibt, was es ist: das Herz unseres Zusammenlebens [...]

(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD und Die Linke)

■ Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

„Was Fremde zu Freund/-innen macht, das müssen wir schützen und fördern.“



Constanze Oehrich, BÜNDNIS 90/Die Grünen

Foto: Uwe Sinnecker

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleg/-innen! Freiwilliges Engagement ist für mich so etwas wie eine Freundschaft unter Fremden und schon deshalb etwas so Wunderbares, der Stoff,

(Beifall vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

der aus uns allen Superheld/-innen macht, weil wir genau wie die Super Heroes des Marvel Universe und auch die von Marc-Uwe Kling über uns hinauswachsen, um etwas füreinander und miteinander zu tun, ganz aus freien Stücken,

(allgemeine Unruhe – Glocke der Präsidentin)

völlig ohne Verpflichtungen und ohne jede Vergütung, einzig und allein, weil es richtig ist, und weil es gut ist, und weil es gut tut, das zu tun, was wir können und wollen, nur weil wir es können und wollen, und zwar nicht allein, sondern mit Anderen und für Andere. Wir investieren dabei freie Zeit, übriges Geld, überschüssige Energie, nicht gebrauchte Waren, ungenutzte Räume und Flächen, verfügbare Fahrzeuge oder unbesetzte Sitzplätze, brachliegendes Wissen, Kontakte und Fähigkeiten. Wir bekommen dabei ein Lächeln und ein gutes Gefühl zurück, weil wir dabei Missstände korrigieren, Gefahren abwenden, Chancen ausgleichen, Einsamkeit beenden, Gemeinschaft stiften und unsere Gesellschaft stärken. Was wir so miteinander anpacken, führen wir gemeinsam zu einem Happy End. Wir reichen Unbekannten die Hand, tauschen etwas aus und machen Fremde zu Freund/-innen.

[...] Eben dafür, für den Erhalt und für die Weiterentwicklung unserer offenen Gesellschaft und unserer demokratischen Verfassung, eben dafür müssen wir die Zivilgesellschaft in ih-



Abgeordnete der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU

rer ganzen Vielfalt noch besser als bisher schützen und noch mehr als bisher stärken.

Größere Anerkennung ist schön, aber mehr Unterstützung ist besser und eine verstetigte Förderung ist am besten.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

Klare Regeln zum Verhältnis von Haupt- und Ehrenamt sowie eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und Engagement [...] würden helfen. Niederschwellige Mobilitäts- und Digitalangebote für das Engagement in der Fläche müssen endlich kommen. Schutzkonzepte gegen rechtsextreme Angriffe und Unterwanderung, mehr Engagementkompetenz in der Verwaltung muss her, Spielräume für junges Engagement und Offenheit für neue, auch temporäre und digitale Engagementformen wären zeitgemäß und zukunftsfähig. Wir können und müssen mehr fürs Engagement tun.

*(Beifall vonseiten der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)*

[...] Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. Vielen Dank!

*(Beifall vonseiten der Fraktionen der SPD,
Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Horst Förster, AfD: Hetze pur!
pur!)*

■ Barbara Becker-Hornickel, Gruppe der FDP:

: [...] Mit Zeit, Mut und Verantwortung engagieren sich in Mecklenburg-Vorpommern circa über 600.000 Menschen freiwillig für unser Gemeinwesen. [...] der Wille und die Freude am Ehrenamt zieht sich durch alle Generationen.

Es verbindet die Überzeugung, dass unser Land stark ist, wenn Menschen bereit sind, miteinander und füreinander einzustehen. [...] Menschen setzen sich in Sportvereinen, im



Barbara Becker-Hornickel, FDP

Fotos: Uwe Sinnecker

sozialen Bereich, in Kultur, Umwelt, Bildung, Gemeinden, bei Rettungsdiensten oder in Bürgerinitiativen ein, oft still und verlässlich für das Gemeinwohl, für unsere Heimat, ohne Applaus zu erwarten. Sie wirken hier aus Überzeugung, aus Liebe zum Miteinander, einfach auch aus Lebenslust. Die Vielfalt zeigt, Engagement stärkt das gesellschaftliche Zusammenleben jeden Tag immer wieder neu. Durch gemeinsamen Austausch und gemeinsames Handeln baut es Vorurteile ab, schafft Vertrauen zwischen den Generationen und der Herkunft der Menschen, [...] schützt auch vor Einsamkeit. [...]

(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP)

Eine freie und selbstbestimmte Gesellschaft lebt von Eigenverantwortung und Initiative und von Menschen, die anpacken. Und genau das beweist das Ehrenamt. Menschen ergreifen selbst die Initiative, wenn sie sehen, dass Unterstützung gebraucht wird oder wenn ehrenamtliche Strukturen sinnvoll sind. Dieses Engagement ist Ausdruck von Freiheit und zugleich eine wichtige Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. [...]

*(Beifall vonseiten der Gruppe der FDP
und Enrico Schult, AfD)*

[...] Engagement braucht Freiräume und Unterstützung. Deshalb müssen leider noch bestehende bürokratische Belastungen konsequent abgebaut werden. Mit der Ehrenamtsstiftung MV sind wir auf einem wirklich guten Weg. Anerkennung, zum Beispiel die Ehrenamtskarte als Wertschätzung für all die vielen Menschen, die sich für uns alle engagieren, ist wichtig, und sie muss auch stetig weiterentwickelt werden, damit Engagement auch künftig attraktiv bleibt. Allen Ehrenamtlern gilt unser tiefer Dank.

(Beifall Marcel Falk, SPD)

Debatte über Willkommenskultur und berufliche Integration

Auf Antrag der Fraktion SPD in Verbindung mit einem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Arbeitsmarktexperten sind sich einig, dass Deutschland die Arbeitskräfte langsam, aber sicher, und trotzdem unwiderruflich ausgehen. Schon heute gibt es Branchen wie beispielsweise die Gastronomie, die ohne ausländische Arbeitskräfte nicht mehr funktionieren könnten. Doch die Integration von Migranten in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt ist schwierig, vielerorts behindert Bürokratie das Vorgehen. Ein erster Schritt könnte eine neue Willkommenskultur sein.

In Deutschland sollen nach Auffassung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die demokratischen Parteien alle Hebel in Bewegung setzen, um die Integration im Land spürbar zu verbessern. „An dieser Aufgabe scheitern wir seit Jahr und Tag“, bedauerte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Immer wieder sei in der Presse zu lesen, dass gerade die abgeschoben werden, die in Deutschland teilweise schon seit Jahren arbeiten und deren Familien gut integriert sind. „Diese derzeitige Abschiebepaxis müssen wir hinterfragen, wenn wir in MV eine echte Willkommenskultur etablieren wollen, denn wir brauchen diese Menschen.“ Bis 2030 fehlten knapp 60.000 Fach- und Arbeitskräfte. Eine strenge Abschiebepolitik stehe im Kontrast zur Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte, erklärte Wegner. „Solange im Bundesgesetz steht, dass es das große Ziel ist, die Zuwanderung zu begrenzen, solange wird das Wort Willkommenskultur aus dem Mund von CDU und SPD eine Phrase bleiben.“ Die derzeitigen Praktiken seien eine Abschreckung für alle Menschen, die eine neue Heimat suchen. Berufliche Integration sei der wichtigste Standortfaktor für die Wirtschaft in MV. Auch die Unternehmerinnen und Unternehmer machten deutlich, dass ohne Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund in vielen Branchen schon längst nichts mehr gehe. Wegner forderte die Anerkennung ausländischer



Jutta Wegner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Berufsabschlüsse als Schlüssel für die Integration internationaler Arbeitskräfte.

Bereits jetzt beschäftige mehr als jedes dritte Unternehmen in MV Personen, die keinen deutschen Pass haben, sagte **Christian Winter** (SPD). „In der Gastronomie und im Tourismus würde ohne Menschen aus dem Ausland gar nichts mehr laufen.“ In wichtigen Branchen wie Pflege, Gesundheitsversorgung, Lebensmittelverarbeitung oder Logistik sei der Anteil von Beschäftigten mit Migrationsgeschichte hoch. „Arbeit ist der Erfolgsfaktor Nummer 1 für eine gelungene Integration.“ Winter verwies auf eine Kampagne der Vereinigung der Unternehmensverbände für MV mit dem Titel „Zuwanderung wirkt!“. Dort werde anhand realer Beispiele gezeigt, dass ohne ausländische Beschäftigte wirtschaftliche Stabilität in vielen Betrieben nicht mehr möglich wäre. Allerdings sei die Zunahme rechter Gewalt und der offen zutage tretende Rassismus ein zunehmendes Standortrisiko in Ostdeutschland. „Die MV-Koalition setzt deswegen auf Zusammenhalt, auf Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern, um ein friedliches und



Christian Winter, SPD



Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Blank

freiheitliches Klima zu schaffen, in dem alle Menschen gerne leben und arbeiten.“

MV sei ein kleines Bundesland und habe nur begrenzt Kraft, Weichen zu stellen, sagte Wirtschaftsminister **Dr. Wolfgang Blank** (parteilos). „Aber ich glaube, in Anbetracht der Größe machen wir das wirklich gut.“ Es gebe eine funktionierende maritime Industrie, eine wachsende Gesundheitsbranche und einen stabilen Tourismus, der allerdings gerade durch eine schwere Zeit geht, trotzdem aber Beschäftigungschancen für alle biete. Angesichts der benötigten knapp 60.000 Arbeitskräfte bis 2030 werde die Landesregierung zunächst junge Leute fördern, sagte Blank. So würde das Sondervermögen sehr stark auf die Bildung ausgerichtet, 600 Millionen Euro würden in die Schulinfrastruktur investiert. „Das wird nicht morgen wirken, das wird aber übermorgen wirken.“ Auch werde die Integration von internationalen Fachkräften vorangetrieben. Kräfte und Ressourcen würden viel stärker als bisher gebündelt.

Jan-Phillip Tadsen (AfD) verwies auf aktuelle Probleme auf dem Arbeitsmarkt. Es gebe einer Studie zufolge so wenig Auszubildende wie seit 25 Jahren nicht mehr. Laut der Bundesagentur für Arbeit sei die Lage für Arbeitslose so schlecht wie nie. Auch das Bildungssystem in MV weise erhebliche Mängel auf: „10,4 Prozent Schulabbrecher, 18,6 Prozent brechen die Berufsschule ab. 75.000 Unter-



Jan-Phillip Tadsen, AfD

richtsstunden sind ausgefallen.“ Solange SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN solche Fakten nicht in ihre Problemanalyse ansprechen, seien deren Anträge nichts anderes als eine moralische Blase. Angesichts von Integrationsproblemen von Migranten forderte Tadsen eine rechtlich durchgesetzte Verabschiedungskultur. „Ohne die wird es nie wieder zu einer echten, emotional tragfähigen Willkommenskultur in diesem Land kommen.“ Es gebe Menschen, die sich dauerhaft im deutschen Sozialstaat einrichten und sich nicht nachhaltig integrieren wollten. Deshalb sollte darüber nachgedacht werden, dass diese in ihre Heimat zurückgehen müssten.

Die Debatte im Landtag sei sinnbildlich für die Schiefelage der Migrationspolitik, sagte **Wolfgang Waldmüller** (CDU). Auf der einen Seite sei die SPD, die eine freundliche Willkommenskultur präsentiere, als ließe sich der Fachkräftemangel durch reines Lächeln lösen. Eine Willkommenskultur benötige jedoch eine gewisse Stimmung und könne nicht angeordnet werden. Auf der anderen Seite wollten die Grünen mit ihrem Änderungsantrag zum Bleiberecht für jedermann die Trennung zwischen Asyl und Arbeitsmigration endgültig aufheben. Und ganz Rechtsaußen sei die AfD, die so tue, als bräuchte die Wirtschaft überhaupt niemanden von außen. Keine dieser drei Positionen sei richtig, betonte Waldmüller. Zunächst müssten die Menschen, die bereits hier sind, in Lohn und Arbeit gebracht werden. „Wir brauchen eine gezielte Fachkräfteeinwanderung.“ Wer kein



Wolfgang Waldmüller, CDU

Bleiberecht hat, müsse das Land verlassen. Eine nachträgliche Legalisierung irregulärer Migration durch die Hintertür dürfe es nicht geben. „Unsere Betriebe rufen nach Fachkräften. Sie rufen nicht nach Migrationspolitik, die ungeordnet ist, aber sie rufen nach Fachkräften mit echter Qualifikation.“



Christian Albrecht, Die Linke

Wie **Christian Albrecht** (Die Linke) berichtete, werden etwa 24,5 Milliarden Euro Wertschöpfung in Ostdeutschland von ausländischen Beschäftigten erbracht, 28 Prozent der Beschäftigten in der Gastronomie in MV seien ausländische Beschäftigte. „Die halten also hier den Laden am Laufen.“ Bei der Integration von Migranten gebe es noch vielfach bürokratische Hürden. „Da sind jedes Mal dicke Bretter zu bohren und es ist unsere Aufgabe als Politik, diese Bretter auch ein Stück weit dünner zu machen.“ Ohne zusätzliche Zuwanderung sinke laut Studien die Zahl der Arbeitskräfte in Deutschland bis 2040 um 10 Prozent. Deshalb brauche Deutschland jährlich den Zuzug von rund 288.000 internationalen Arbeitskräften, sagte Albrecht. „Ohne Nettozuwanderung fliegen uns hier über kurz oder lang auch die Sozialsysteme um die Ohren.“ Es sei aber wichtig, Migration und Integration nicht zu einer Nützlichkeitsdebatte verkommen zu lassen. Menschen hätten auch ohne fiskalisch quantifizierbaren Nutzen ein Recht darauf, hier zu sein, Schutz zu suchen und ein besseres Leben anzustreben.

„Wäre ich ausländische Fachkraft und hätte diese Debatte mitbekommen, ich würde einen Riesenknoten um dieses Land machen“, erklärte **René Domke** (Gruppe der FDP). Es gelinge nicht, ein vernünftiges Vorgehen zu skizzieren, wie Fachkräfte von außen nach Deutschland beziehungsweise MV kommen können. Zudem sei es ihm unerklärlich, dass junge Leute unter 25 Jahren - egal, wo sie



René Domke, Gruppe der FDP

herkommen - herumlungern und es der Gesellschaft nicht gelingt, sie in Ausbildung und in Berufe zu bringen, etwa weil Sprachkurse nicht ausreichend angeboten werden. Domke berichtete von Gastronomen und Hoteliers aus Boltenhagen, die zur Flüchtlingsunterkunft nach Uphal gefahren seien und dort junge Leute gesucht hätten. Der Umgang mit Migranten in MV sei für ansiedlungswillige Unternehmen problematisch, sagte Domke. Die schauten ganz genau, welche Leute mitgebracht und wie die empfangen werden. „Und da müssen wir wirklich eine ganze Menge Hausaufgaben machen.“ Er appellierte an die Landesregierung: „Legen Sie endlich eine Schippe zu, sonst wird die Stimmung im Land immer schlimmer.“



Sandy van Baal, fraktionslos

„Wir reden und reden und reden und reden und kommen nicht ins Machen“, beklagte **Sandy van Baal** (fraktionslos). Jetzt heiße es Willkommenskultur. Aber fühle sich jemand willkommen, der monatelang auf seine Arbeitserlaubnis wartet und sich durch Formulare kämpfen muss? „Da machen uns andere Länder etwas vor.“ Willkommenskultur sei ein Standortfaktor. Deshalb müsse endlich der Bürokratieabbau umgesetzt werden. Es würden schnellere Verfahren und digitale Behörden benötigt. „Wir brauchen nicht noch mehr Fördermittel, noch mehr Workshops, noch mehr runde Tische, sondern endlich Vertrauen in die Menschen, die hier was machen wollen. Und dabei müssen wir sie unterstützen.“

SPD und Die Linke: Landarztquote an Unimedizinen erhöhen

Junge Leute für Medizinjobs im ländlichen Raum ausbilden

MV bildet in Relation zur Bevölkerungszahl sehr viele Medizinerinnen und Mediziner aus. Doch es gibt ein Problem: Nach dem Studium zieht es viele in andere Teile Deutschlands und nicht in den ländlichen Raum von MV. Deshalb soll nach dem Willen der Regierungsfractionen die bestehende Landarztquote auf zehn Prozent der Studierenden ausgeweitet werden.

Um die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu verbessern, wollen die Regierungsfractionen von SPD und Die Linke die Landarztquote in MV ausbauen. Dies könne über die Studienplatzvergabe gesteuert werden, sagte **Torsten Koplin** (Die Linke). Seit 2020 könnten über die Landarztquote 7,8 Prozent der Studienplätze für künftige Hausärztinnen und Hausärzte auf dem Land reserviert werden. Die Bewerberinnen und Bewerber mussten sich verpflichten, nach ihrem Studium mindestens zehn Jahre lang in der hausärztlichen Versorgung in unterversorgten beziehungsweise von Unterversorgung bedrohten ländlichen Regionen in MV tätig zu sein. Nach dem Willen der Regierungsfractionen sollen die Landarztquote, -zahnarztquote und -apothekerquote jeweils auf zehn Prozent angehoben werden. „Das klingt nicht viel, ist aber auf lange Sicht durchaus erfolgsversprechend“, sagte Koplin. Im Gegenzug solle zum Wintersemester 2026/27 die sogenannte Drittstaatsangehörigenquote abgesenkt werden. Darunter würden Ausländerinnen und Ausländer eines Staates gezählt, der nicht der Europäischen Union oder dem Europäischen Wirtschaftsraum angehören. Laut Antrag soll künftig diese Quote im Fach Humanmedizin bei 2,8; Zahnmedizin bei 3,6 und Pharmazie bei 4,5 Prozent liegen. „Wir haben die Probleme erkannt und wir sind dran.“

„Wir brauchen erstklassig ausgebildete Ärztinnen und Ärzte in MV und ganz Deutschland“, sagte **Gesundheitsministerin Stefanie Drese** in Vertretung von Wissenschaftsministerin Bettina Martin (beide SPD). Das gelte auch im fachärztlichen und zahnärztlichen Bereich, ebenso wie im Bereich der Pharmazie. Der Bedarf sei unstrittig. Es gebe im Hausarztbereich bereits jetzt 15 von Unterversorgung bedrohte Regionen in MV, genau in diesen Regionen fehlten oft auch Fachärztinnen und Fachärzte. Das Land gehe gemeinsam mit den Ärztevertretungen und Apothekerverbänden die Probleme beherzt an, um gemeinsam intelligente Lösungen zu entwickeln, betonte Drese. „Klar ist aber auch, zaubern können wir alle nicht.“ Aber die Rahmenbedingung könnten verbessert werden. MV habe schon vor Jahren investiert und biete gemessen an seiner Einwohnerzahl eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von Medizinstudienplätzen an. Es gebe also nicht zu wenig Studienplätze, auch sei die Qualität der ärztlichen Ausbildung hoch. „Unser Problem ist, dass zu wenig frisch ausgebildete Ärztinnen und Ärzte in MV bleiben und von denen, die hierbleiben, gehen nicht genügend aufs Land.“ MV wolle die Studienabsolventinnen und -absolventen dafür begeistern, den nächsten Schritt ihrer Ausbildung, beispielsweise das praktische Jahr oder die Facharztausbildung, an einer Klinik im Land zu machen.

Paul-Joachim Timm (AfD) lobte den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, der die Versorgung nicht nur eindimensional denke, sondern entlang einer gesamten Kette vom Studium über die Weiterbildung bis zur konkreten Tätigkeit vor Ort. „Versorgung entsteht nicht allein durch Zulassungsrecht, sondern durch Arbeitsbedingungen, Weiterbildungsmöglichkeiten und moderne Versorgungsstrukturen. Richtig sei die Stärkung der fachärztlichen Weiterbildung, die Forderung nach einem praktischen Jahr im ländli-

chen Raum und der verstärkte Einsatz nichtärztlicher Gesundheitsfachkräfte, die die Ärzte spürbar entlasten können. „Auch die Einbeziehung von Telemedizin und mobilen Versorgungsangeboten tragen der Realität eines Flächenlandes Rechnung“, sagte Timm. Es blieben jedoch entscheidende Fragen beispielsweise nach der dauerhaften Finanzierung der Maßnahmen. Wie werden sie koordiniert, damit keine Parallelstrukturen entstehen? Timm kritisierte, dass die Anträge der Regierungsfractionen und der CDU-Fraktion keinen verbindlichen Perspektivplan mit der kassenärztlichen Vereinigung und den Krankenkassen vorsehen, der die konkreten Ziele der kommenden Jahre klar definiert.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** kritisierte, dass es fünf Jahre gebraucht habe, damit die Landarztquote auf zehn Prozent ausgeweitet werde. 200 künftige Landärztinnen und -ärzte, 45 Landzahnärztinnen und -ärzte und 35 Landapothekerinnen und -apotheker hätten bereits ihr Studium aufnehmen können. In ihrem Änderungsantrag forderte die CDU-Fraktion etwa die Wiedereinführung eines Landarztstipendiums. Peters verwies nach Bayern, das die Schaffung von Landarztstudienplätzen im Rahmen eines Studienprogramms im EU-Ausland aufgenommen habe. Die Medizinerinnen und Mediziner hätten zuvor eine Rückkehrverpflichtung unterzeichnet. Wichtig wäre auch die Förderung von Studierenden im praktischen Jahr in akademischen Lehrpraxen oder Lehrkrankenhäusern im ländlichen Raum, sagte Peters. Er kritisierte, dass als Folge des jüngsten Zensus, der beispielsweise für Usedom eine geringere Bevölkerungszahl auswies, die Kassenärztliche Vereinigung dort wieder überversorgte Gebiete festgestellt habe. „Es kann nicht sein, dass wir irgendwelche Statistiken nehmen, um den Menschen vor Ort zu erklären, dass genug Ärzte da sind. Das ist einfach großer Quatsch.“



Foto: Uwe Sinnacker/Archiv

Uni-Rostock, Bettina Martin, seit dem 15. November 2021 ist sie Ministerin für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes MV

„MV handelt für seine Menschen, für den ländlichen Raum, für eine verlässliche Gesundheitsversorgung“, erklärte **Christine Klingohr** (SPD). Die entscheidende Frage sei nicht, ob ausgebildet werde, sondern ob die Absolventinnen und Absolventen danach in MV bleiben. Hier setze die Landarztquote an. Die zehnprozentige Quote bedeute, dass dafür rund 42 Studienplätze in der Humanmedizin, neun in der Zahnmedizin und sieben in der Pharmazie zur Verfügung stehen. „Studienplätze für Menschen, die bereit sind Verantwortung für MV zu übernehmen.“ Das Verfahren für die Studienplatzvergabe über Quoten sei transparent und fair. „Zunächst wird festgestellt, ob es in einem bestimmten Bereich eine Unterversorgung oder eine drohende Unterversorgung gibt“, sagte Klingohr. Erst wenn andere Instrumente zur Ärztegewinnung nicht greifen, werde ein besonderer öffentlicher Bedarf festgestellt und dann komme die Landarztquote zum Einsatz. Wer einen Studienplatz über diese Quote erhalte, verpflichte sich im Gegenzug dort zu arbeiten, wo Hilfe gebraucht wird. „Es sind sehr häufig Landeskinder, die diese Chance ergreifen“, betonte die SPD-Politikerin.

Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zeigte sich nicht überzeugt, dass das Anreizprogramm mit den Vertragsstrafen wirklich die notwendige Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern bringe. Natürlich würden mit dem Programm Chancen für die jungen Leute geschaf-

fen, die sich nicht über den Zensurdurchschnitt für ein Medizinstudium qualifizieren. Er ging davon aus, dass die fachliche Eignung dieser jungen Menschen bei weitem die Eignung, die andere nur durch den Zensurdurchschnitt haben, übertreffe. „Die Leute, die sich für dieses Programm entscheiden würden, bringen schon was ein.“ Deshalb müsse das Programm zusätzliche Anreize bieten. Denn meistens stammten die Interessenten aus kleineren Städten in MV und deren Eltern seien keine Ärzte. In vielen Familien ginge es darum, dass die jungen Leute überhaupt ihr Studium finanzieren können. Deswegen wäre die Unterstützung zu Studienzeiten ein wichtiger Anreiz, um diese Leute zu motivieren.

Stellungnahmen aus dem Sozialausschuss zeigten deutlich, dass sich der Fachkräftemangel durch mehrere Facharztgruppen und die gesamte Versorgungsstruktur ziehe, sagte **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). Der Landkreistag MV habe zurecht darauf hingewiesen, dass die bestehende Landarztquote bislang noch gar nicht evaluiert worden sei. Die ersten über dieses Instrument ausgebildeten Ärztinnen und Ärzte stehen dem Versorgungssystem noch gar nicht und auf absehbare Zeit noch nicht zur Verfügung. „Wir erweitern ein Instrument, dessen Wirksamkeit wir noch nicht belastbar beurteilen können“, kritisierte die FDP-Politikerin. Junge Mediziner blieben nicht allein wegen ei-

ner vertraglichen Bindung im ländlichen Raum, sondern wegen guter Arbeitsbedingungen, moderner Versorgungsstrukturen und verlässlicher Unterstützung. Gerade integrierte Versorgungsmodelle würden von vielen Sachverständigen als entscheidend hervorgehoben. Im Antrag der Regierungsfractionen spielten sie jedoch nur eine untergeordnete Rolle. Problematisch sei auch die Absenkung der Drittstaatenquote, um zusätzliche Plätze für Landärzte- und Landapothekerquoten zu schaffen. „Aber wir betreten ein schwieriges Terrain.“ Internationale Studierende pauschal zurückzudrängen, um landespolitische Steuerungsziele zu erreichen, sei kein unproblematischer Schritt, zumal das Land auf qualifizierte Zuwanderung im Gesundheitswesen angewiesen ist.

Der Antrag wurde mit Zustimmung der Regierungsfractionen und Enthaltung aller anderen Abgeordneten angenommen.

mgf

*Antrag der Regierungsfractionen von SPD und Die Linke
Drucksache 8/6177*

Thema: Sicherheit an Schulen

AfD fordert Konsequenzen wegen zunehmender Gewalt und Drogenkonsum

Nicht nur körperliche Übergriffe und Drogendelikte nehmen an den Schulen in MV zu, sondern auch Polizeieinsätze, beschrieb die AfD in ihrem Antrag „Gewalt- und Drogenkriminalität an Schulen wirksam bekämpfen – Transparenz schaffen und Schulstrafen verschärfen“. Für besorgniserregend hielt sie die Übergriffe auf Lehrkräfte. Denn Schulen können ihrer Schutz- und Erziehungsfunktion nur bei Gewährleistung der Sicherheit gerecht werden. Zur besseren Ursachenforschung forderte die AfD die detaillierte Erfassung von Straftaten sowie wirksamere Konsequenzen von Fehlverhalten, kombiniert mit zielgerichteten Präventionsmaßnahmen.

„Lernen braucht Konzentration, Vertrauen und ein Mindestmaß an Sicherheit“, argumentierte **Enrico Schult** (AfD). „Bröckelt dieses Fundament, [...] dann bröckelt der Anspruch unseres Staates, Kinder zu schützen und Bildung zu ermöglichen.“ Doch steigen nicht nur die Fälle von Körperverletzung. Auch die Gewalt gegen Lehrkräfte habe sich innerhalb von fünf Jahren verdoppelt. „Das sind alarmierende Zahlen“, warnte Enrico Schult. Darum wolle seine Fraktion mehr Klarheit und Transparenz bei der Erfassung der Art der Delikte und in welchem Schultyp sie vorkommen. Die AfD plädiere zusätzlich dafür, das Schulrecht so zu verschärfen, dass „wirksame, verhältnismäßige und spürbare Schulstrafen möglich sind“. Niemand könne von den Lehrkräften verlangen, immer mehr Gewalt auszuhalten und trotzdem mehr Betreuung zu leisten. „Wer Ganztage will, muss mehr Sicherheit wollen“, richtete der Abgeordnete an die Regierungsfractionen.

In Vertretung für Bildungsministerin Simone Oldenburg (Die Linke) erklärte die **Justizministerin Jacqueline Bernhardt** (Die Linke), dass die von der AfD in Betracht gezielte Strafverschärfung kei-

neswegs die „vermeintlich einfache Lösung für ein vielschichtiges Problem“ sei. „Ordnungsmaßnahmen können und dürfen nur das letzte Mittel sein“, unterstrich die Ministerin. Gewaltfreiheit entstehe aus dem konsequenten Zusammenspiel von Regeln und pädagogischem Handeln, „und vor allem ist es eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung“. Die Ministerin betonte, dass Schulen nicht zu Straftaten ermitteln, denn „Lehrer sind weder Polizisten noch Staatsanwälte und auch keine Richter“. Hingegen agiere das Bildungsministerium mit Programmen wie dem Anti-Extreme-Netzwerk und dem Leitfadens des Anti-Gewalt-Konzepts „vorausschauend, vernetzt und verantwortungsvoll“ im Interesse der Schulen und „einer starken demokratischen Schulkultur“. Hierbei komme das Schulgesetz zum Zuge und nicht das Strafgesetzbuch. „So ist es richtig und so soll es auch bleiben“, bekräftigte Jacqueline Bernhardt.

Die Schule sei ein „Spiegelbild der Gesellschaft“ und darum müssen die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blick genommen werden, hielt **Torsten Renz** (CDU) fest. Auf keinen Fall fungiere die Schule als „Reparaturbetrieb“ der Gesellschaft. Hier seien viele Akteure gefragt. Wenn die AfD mehr Transparenz bei den Daten und ein höheres Strafmaß fordere, dann „springe

das für einen intellektuellen, verantwortlichen Politiker zu kurz“. Denn in der Antwort auf die von der AfD gestellten Kleinen Anfrage wurden die Daten geliefert. Torsten Renz äußerte Befremden darüber, dass die Aktivitäten des Bildungsministeriums zur Gewaltprävention vom Antragsteller „mit keiner Silbe“ erwähnt wurden. Natürlich ist die hohe Zahl der Schuldelikte „erschreckend“, räumte der Abgeordnete ein. Aber was die AfD hier vorlege, sei ihm „zu einfach und zu wenig“ und gehe am eigentlichen Problem, „dieser gesellschaftlichen Zerrissenheit“, vorbei.

Der Antrag sei „wirklich sehr, sehr dünn“, stimmte **Andreas Butzki** (SPD) seinem Vorredner zu. Ohne Frage gebe es Probleme mit zunehmender Gewalt, mangelnder Konfliktfähigkeit und fehlendem lösungsorientierten Denken. Zusätzlich verunsicherten die gesellschaftlichen Umbrüche. Dies habe Auswirkungen auf die Schule. Doch gerade gestern wurden mit dem Schulgesetz Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen beschlossen. Der AfD-Antrag verspreche nun einfache Lösungen durch Statistiken, Schulstrafen und Taschenkontrollen. Stattdessen seien hier vielschichtige Konzepte angebracht. Dazu gehöre auch die im Antrag „komplett fehlende“ Prävention. Aus Sicht von Andreas Butzki sei die Zusammenarbeit mit den Eltern am wichtigs-

Hintergrund zu Gewalt an Schulen

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) erfasst seit 2020 die Tatörtlichkeit Schule. Hierbei werden sämtliche Straftaten erfasst, die auf dem Schulgelände stattgefunden haben. Ein Bezug zum schulischen Betrieb ist nicht erforderlich. Die erfassten Vorfälle reichen von persönlichen Diffamierungen über Mobbing, Körperverletzungen und deren Androhung bis hin zu Amok- und Bombendrohungen, sexuellen Übergriffen und Vorkommnissen mit Waffen.

Seit dem Beginn der Erfassung ist ein Anstieg der Vorfälle zu verzeichnen. So wurden im Jahr 2024 1.361 Fälle erfasst, 2023 waren es 1.250 Fälle, 2022 gab es 1.245, 2021 784 und 2020 884 Fälle. Der Anstieg der gemeldeten Vorfälle nach der Coronapandemie sei auch auf die zunehmende Sensibilisierung der Schulen im Umgang mit meldepflichtigen Vorfällen zurückzuführen, so das Bildungsministerium.

ten. Ebenso relevant seien Streitschlichter, Schulsozialarbeiter oder Vertrauenslehrer. In seiner eigenen Zeit als Lehrer habe er Schülern immer eine zweite Chance gegeben. Denn junge Menschen machen Fehler. Den Antrag lehne die SPD „natürlich“ ab.

„Gewalt an Schulen ist real. Drogen an Schulen sind real. Die Sorgen von Eltern, Lehrkräften und Schülern sind real“, bestätigte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Aber diesen Antrag hielt sie für „realitätsfern“ und „falsch“. Die AfD wolle „Angst säen“. Ihre Fraktion hingegen wolle durch Prävention, Vertrauen und Unterstützung Sicherheit schaffen. „Schule ist kein Gerichtssaal. Schule ist ein Schutzraum.“ Wer glaube, Probleme mit Rauswurf zu lösen, habe die Kinder und die Verantwortung aufgegeben. Gleichwohl sei Gewalt inakzeptabel und Regeln müssen gelten. Aber Strafen allein verhindern keine Gewalt. Jutta Wegner sprach sich für Schulprojekte, Beratung und Hilfsangebote aus. „Kinder sind keine Risiken, sie sind Menschen“, betonte die Abgeordnete und fügte hinzu: „Wer ihnen hilft, schützt die Schule. Wer sie bestraft, gefährdet sie. Dieser Antrag schützt niemanden. Er verspricht einfache Lösungen, die es nicht gibt. Wir lehnen ihn deshalb ab.“

Der Antrag der AfD suggeriere, härteres Durchgreifen löse Probleme, sprach die Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (Die Linke) an. Aber so funktionieren weder Schule noch Prävention, denn mehr Strafe bekämpfe keine Ursachen. Hingegen sei Gewalt eng, „mit Faktoren wie sozialer Lage, Belastungserfahrungen, problematischen Gruppendynamiken und fehlenden Unterstützungsstrukturen“ verbunden. Hier müsse Prävention „systematisch“ ansetzen, hob Jeannine Rösler hervor. Verschärfte Schulstrafen seien „pädagogisch schwach und kontraproduktiv“ und bedeuten „Ausschluss, Eskalation und Verlagerung“. „Und die Frage ist doch: Ja, was passiert danach?“, gab die Abgeordnete zu bedenken. Professionelle Gewaltintervention arbeite „mit einem klaren Dreischritt: Intervention, Aufarbeitung, Nachsorge“. Dieser Logik folge auch der praxiserprobte Handlungsleitfaden der Landesregierung zur Gewaltprävention. Der AfD-Antrag leiste dazu keinen Beitrag.



Enrico Schult (AfD)



Justizministerin Jacqueline Bernhardt



Torsten Renz (CDU)



Andreas Butzki (SPD)



Jutta Wegner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Jeannine Rösler (Die Linke)



Barbara Becker-Hornickel (Gruppe der FDP)

Da Gewalt und Drogen „reale Herausforderungen“ seien, brauche dieses Thema „Ernsthaftigkeit, Differenzierung und wirksame Lösung“, unterstrich **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). Der Antrag sage nichts über Ursachen, Präventionserfolge oder pädagogische Kontexte aus. Wer mehr Transparenz fordere, müsse akzeptieren, „dass schulische Wirklichkeit komplex ist und sich nicht allein in Strafkategorien abbilden lässt“. Verschärfte Strafen sah die Abgeordnete kritisch. „Schule ist kein Strafraum. Schule ist ein Bildungsraum.“ Ordnung und klare Regeln wirkten nur, wenn sie pädagogisch eingebettet seien. Barbara Becker-Hornickel regte an, Angebote auch für Eltern anzubieten. Gleichzeitig vertreten sie und ihre Kollegen: „Gewalt gegen Lehrkräfte ist völlig inakzeptabel“. Der Grundsatz laute eindeutig: Täter müssen Konsequenzen tragen, aber diese müssen rechtstaatlich, verhältnismäßig und pädagogisch sinnvoll sein. Die Gruppe der FDP lehne den Antrag ab.

Enrico Schult (AfD) warf seinen Kollegen vor, ihn „bewusst missverstanden“ zu haben. Die AfD wolle auf jeden Fall eine Ursachenanalyse. Das gehe „explizit“ aus dem Antrag hervor. Er verteidigte die Notwendigkeit, bei Vorkommnissen den Schultyp zu erfassen, weil damit sichtbar werde, wo es Probleme gebe. Ähnlich verhalte es sich mit der Art der aufgetretenen Gewalt, was besonders für Präventionsmaßnahmen wichtig wäre. Enrico Schult stimmte zu, dass Schulen gesellschaftliche Probleme nicht beheben können. Darum brauche es „ganz klare Regeln“ und welche Sanktionsmaßnahmen bei Verstoß gelten. Genau das wolle die AfD. Sie wolle nicht als „Strafrichter“ vorgehen, wie es in der Debatte unterstellt wurde. Doch „Gewalt gegenüber Lehrern ist völlig inakzeptabel“. Seine Fraktion wolle, dass dies auch bei den Schülern ankomme. Der Abgeordnete befürwortete Prävention, zweifelte aber an deren Wirksamkeit. Darum müsse der Landtag als Gesetzgeber endlich handeln.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Antrag AfD
Drucksache 8/6171

mye

Fotos: Uwe Sinnecker/Archiv

CDU will Neubewertung des offenen Vollzugs

Balance von Resozialisierung und Sicherheit der Bevölkerung

In MV können Insassen der Justizvollzugsanstalten bei positiver Prognose vom geschlossenen in den offenen Vollzug wechseln. Dieser gestattet zeitlich begrenzte Aufenthalte außerhalb des Gefängnisses und dient der Resozialisierung in den Monaten vor der Entlassung. Obwohl in den vergangenen vier Jahren die Zahl der Gefangenen gesunken sei, blieb die Zahl der Rückverlegungen in den geschlossenen Vollzug mit 163 Fällen hoch. Zudem kehrten im gleichen Zeitraum zehn Gefangene gar nicht zurück. Einer davon sei noch immer auf freiem Fuß. Die CDU wollte darum eine grundlegende und ergebnisoffene Evaluierung des derzeitigen Systems. Sie stellte den offenen Vollzug oder die Resozialisierung nicht grundsätzlich infrage, sondern forderte, dem Sicherheitsinteresse der Bevölkerung gleichermaßen Rechnung zu tragen.

Seiner Fraktion ginge es um Verbesserungen und eine mögliche Neuausrichtung des offenen Vollzugs, erklärte **Sebastian Ehlers** (CDU). Denn dass es Probleme gebe, zeigen nicht allein die Rückverlegungen, sondern auch die Fälle von Nichtrückkehrern aus dem offenen Vollzug. Wer die Regeln der Gesellschaft wiedererlernen müsse, dem sei auch zuzumuten, sich an Vorgaben zu halten und pünktlich zurückzukommen. Aus Sicht von Sebastian Ehlers werde die Wichtigkeit der Resozialisierung so hoch bewertet, „dass alle weiteren Ziele einer Straftat in den Hintergrund treten“ und der Strafcharakter einer Haft verloren zu gehen drohe. Obwohl die dem offenen Vollzug zugrunde liegende Idee „eine sehr gute“ sei, erziele sie in der Praxis nicht immer die vorgestellte Wirkung. „Daraus ziehen wir nicht den Schluss, den offenen Vollzug abzuschaffen“, versicherte der Abgeordnete, aber seine Fraktion wolle ihn besser machen.



In der JVA Stralsund sind die Häftlinge, die im Offenen Vollzug sind, in einem separaten Gebäude untergebracht.

Foto: Justizvollzugsanstalt Stralsund, 2012

Justizministerin Jacqueline Bernhardt (Die Linke) habe den Antrag „mit Erstaunen zur Kenntnis genommen“. Denn er stelle den offenen Vollzug „unter Generalverdacht“ und suggeriere eine Gefährdung der Sicherheit der Bevölkerung. Die Quote der Nichtrückkehrer lag in den vergangenen vier Jahren zwischen 0,03 und 0,006 Prozent – das entspreche zehn Fällen bei 70.000 Lockerungen. „Zehn Fälle sind zehn Fälle zu viel“, betonte die Ministerin, aber sie bat um eine faire Einordnung. Ein „moderner Strafvollzug“ habe zwei zusammengehörende Aufgaben: „den Schutz der Allgemeinheit“ und „die Befähigung des Gefangenen zu einem Leben ohne Straftaten“. Dafür sei der offene Vollzug „ein zentraler Baustein“. Wer ihn „pauschal diskreditiert, der nimmt billigend in Kauf, dass die Wiedereingliederung schlechter gelingt und damit auch die Rückfallgefahr steigt“, verdeutlichte Ministerin Bernhardt und bot der CDU an: „Eine Evaluation ist grundsätzlich kein Problem. Wir sind jederzeit bereit, Strukturen zu überprüfen, daraus zu lernen und Abläufe zu verbessern.“ Aber eine Neuausrichtung zu lasten des offenen Vollzugs lehne sie ab.

Horst Förster (AfD) gab der Ministerin Recht. Die Fallzahlen seien kein Grund für die Evaluierung des offenen Vollzugs. Allerdings sehe er Gründe für eine generelle Auseinandersetzung mit der Regel. Denn der Hauptzweck einer Strafe müsse die Strafe sein. Das Bundesverfassungsrecht sehe allerdings in der Resozialisierung sogar ein verfassungsrechtliches Gebot. In Deutschland sitzen vorwiegend mehrfach Vorbestrafte und Bewährungsversager in Haft. Die Leitlinie des Strafvollzugsgesetzes gebe hier „ganz klar“ die Resozialisierung als vordergründiges Ziel vor und der offene Vollzug stelle bei „verantwortbarer Erprobung“ die „Sollvorschrift“ dar. Angebracht wäre aus Sicht von Horst Förster eine „grundsätzliche Debatte“ darüber, ob Strafe noch Strafe ist. Strafe ist keine Therapie. Oberstes Ziel der Strafe sei, neue Straftaten zu verhindern. Eine sich immer mehr am Wohlbefinden der Gefangenen orientierende Haft wird diesem Ziel nicht gerecht.

Prof. Dr. Robert Northoff (SPD) bekräftigte, dass ein Nachdenken über die Sicherheit im Strafvollzug notwendig sei. Das müsse aber auf Grundlage „der gesamten Datenlage“ und des gesetzlichen Auftrages geschehen. Weiter müsse beachtet werden, dass der offene Vollzug „eine Erprobung“ und „einen Lernprozess unter realen Bedingungen“ darstelle. Robert Northoff gab dem Antragsteller hinsichtlich der hohen Zahl der Rückfälle recht. Doch Strafe allein sei nicht „nachhaltig“, sondern hier brauche es einen Lernprozess für die Gefangenen, um Lehren aus ihrem Fehlverhalten zu ziehen. Über die Eignung zum offenen Vollzug entscheiden Fachleute mittels eines Diagnoseverfahrens, das „individuelle Prognose, stufenweise Erprobung, klare Kriterien“ umfasse. Eine Rückverlegung „ist Teil einer Erprobungslogik“, bei der Opferschutz und Resozialisierung zentrale Punkte des Systems seien. Dem Antrag könne seine Fraktion „natürlich nicht folgen“.

Sicherheitsrelevante Regelungen und ihre Anwendungspraxis zu evaluieren und anzupassen, war der Fraktionsvorsitzenden **Constanze Oehlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) „richtig und wichtig“. Der Antrag der CDU zeichne aber ein „verzerrtes Bild“. Die 163 Rückverlegungen ohne Bezugsgröße zu präsentieren, reiße die Zahlen aus dem Kontext. Dabei seien Rückverlegungen „kein Zeichen des Scheiterns“, sondern des Funktionierens. Die Abgeordnete hielt es nicht für „verantwortungsvoll“, einen Einzelfall zu nehmen, um „ein bewährtes, kriminologisch abgesichertes System [...] grundsätzlich infrage zu stellen“. Zudem habe das Resozialisierungsprinzip in Deutschland „Verfassungsrang“. Menschen im offenen Vollzug haben deutlich geringere Rückfallquoten. Weniger Rückfälle bedeuten mehr Sicherheit. Deshalb sei es „falsch“, Resozialisierung gegen Sicherheit auszuspielen, betonte Constanze Oehlich. Ihre Fraktion lehne den Antrag ab.

Der CDU-Antrag war für **Michael Noetzel** (Die Linke) ein Beweis dafür, dass die Fraktion „einem fatalen Irrglauben unterliegt“ und mit „Populismus“ Wählerstimmen sichern wolle. Rückverlegungen und Abgänge im Promillebereich liegen „sehr weit weg von besorgniserregend“. Ein Verstoß gegen Auflagen führe zur

Rückverlegung in den geschlossenen Vollzug. Was an diesen „normalen Prozessen“ eine Evaluierung oder Neuausrichtung rechtfertigen solle, bleibe ihm „schleierhaft“, drückte Micheal Noetzel sein Unverständnis aus. Das aktuelle System „funktioniert“ und habe sich über Jahre „bewährt“. Der CDU wolle er noch mit auf den Weg geben, „dass es nicht der richtige Ansatz ist, mit den Ängsten der Menschen zu spielen“ und so den Populisten am rechten Rand zu folgen. „Und wir lehnen den Antrag nicht nur ab“, richtete der Abgeordnete an die CDU, „wir wünschen uns auch, dass Sie sich mal mit Personen unterhalten, die sich auskennen.“

Für **David Wulff** (Gruppe der FDP) war die hohe Zahl von Rückverlegungen und Abgängen aus dem offenen Vollzug ein „Anlass zur Besorgnis“. Diese Vorkommnisse betreffen „zwei fundamentale Interessen“ unseres Rechtsstaats: „die Sicherheit der Allgemeinheit“ und „die gerecht ausgestaltete Resozialisierung von Strafgefangenen“. Der Antrag fordere „zu recht“ die kritische Überprüfung, da „unkontrollierte Abgänge“ sehr wohl „erhebliche Risiken“ in sich bergen. Denn die Sicherheit und der Schutz der Bevölkerung stehen an erster Stelle. Gleichzeitig müsse klar sein: „Resozialisierung ist kein weichgespültes Wohlfühlprogramm, sondern elementarer Bestandteil eines modernen Strafvollzugs“ mit dem Ziel, Wiederholungstäter zu verhindern. Aber diese Maßnahmen müssen verantwortbar, sicher und evaluierbar sein. Nichts anderes wolle die Gruppe der FDP, und deswegen stimme sie dem Antrag zu.

163 Rückverlegungen dürfen nicht kleingeredet werden, mahnte **Sebastian Ehlers** (CDU). Er verurteilte Michael Noetzel dafür, „mit der üblichen Keule“ von Populismus, AfD und dem Spielen mit den Sorgen der Menschen gekommen zu sein. Solche Argumentation schwäche die „politische Mitte“ und das könne auch nicht im Interesse der Koalitionsfraktionen sein. Die Ministerin habe bestätigt, dass eine Evaluierung „grundsätzlich“ kein Problem sei. „Warum machen wir es denn nicht?“, wunderte sich Sebastian Ehlers. Die Bürger haben ein Recht auf „einen sicheren Staat“ und „einen funktionierenden Rechtsstaat“. Darum fand der Abgeordnete den Vorwurf der Ministerin „befremdlich“, dass der An-

trag „einseitig“ das Sicherheitsinteresse der Bürger betone. „Ja, was denn sonst?“, wollte er wissen. Es gehe doch um den Schutz der Menschen und nicht der Kriminellen, unterstrich Sebastian Ehlers.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgte den beiden Koalitionsfraktionen von Die Linke und SPD bei der Ablehnung des Antrages. Die AfD enthielt sich. Die Zustimmung von CDU und der Gruppe der FDP reichte nicht für eine Annahme der Drucksache.

mye

Antrag CDU
Drucksache 8/5693

Hintergrund „Offener Vollzug“

Welche Funktion hat der Strafvollzug? Und wie kommen wir von dort zum „offenen Vollzug“?

Der Strafvollzug hat die Aufgabe, die Allgemeinheit vor weiteren Straftaten zu schützen und den Einzelnen zu befähigen, künftig ein Leben ohne Straftaten zu führen. Zur Umsetzung werden auf der Grundlage des Strafvollzugsgesetzes ein Vollzugs- und Eingliederungsplan für den Gefangenen erstellt, der oder die dann (mit zunehmendem Verbüßen der Haftzeit) auch im offenen Vollzug untergebracht wird.

Der geschlossene Vollzug ist dabei gleichsam die Grundform. Der offene Vollzug hat die Funktion, den Gefangenen auch Aufenthalte außerhalb der Justizvollzugsanstalt zu ermöglichen. Dazu gibt es unterschiedliche „Lockerungstatbestände“.

Diese Lockerungen können den Einzelnen gewährt werden, wenn verantwortet werden kann, zu erproben, dass er oder sie sich nicht dem Vollzug der Freiheitsstrafe entzieht und diese Lockerung nicht zu Straf-

Debatte über Hammerskins-Unterorganisationen in MV

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zielt auf Verbot

Das Bundesverwaltungsgericht hat im Dezember 2025 das bundesweite Verbot der rechtsextremistischen sogenannten Hammerskins aufgehoben, da diese über keine bundesweit aktive Einheit verfügten. Doch die Länder dürften ein Verbot aussprechen, urteilten die Bundesrichter. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte dies mit einem Landtagsbeschluss erreichen. Doch die Mehrheit der Abgeordneten folgte dem Antrag nicht. Dafür gab es mehrere Gründe.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist im Landtag mit ihrem Antrag gescheitert, ein Verbot der rechtsextremistischen Hammerskins-Unterorganisationen (Chapter) „Mecklenburg“ und „Pommern“ zu prüfen und es gegebenenfalls auszusprechen. „Die Hammerskins sind keine dahergelaufene Clique.

Sie sind eine international vernetzte, ideologisch gefestigte und neonazistische Vereinigung“, sagte die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehlich**. Im Septem-

ber 2023 habe das Landeskriminalamt im Rahmen des von der damaligen Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) erlassenen bundesweiten Verbots Objekte von drei führenden Hammerskins-Mitgliedern in MV durchsucht. Dabei seien Sprengstoff, Lang- und Kurz Waffen, Munition sowie große Mengen von NS-Devotionalien entdeckt worden.

Der Munitionsbergungsdienst hätte für den Abtransport des Materials einen 7,5 Tonnen-Transporter benötigt. In MV seien die Hammerskins seit langem fest verwurzelt. „Teilweise bestehen diese Netzwerke bereits in zweiter Generation.“ Vereinsverbote könnten helfen, Strukturen zu zerschlagen, betonte die Grünen-Politikerin. Sie berichtete, dass das Bundesverwaltungsgericht im Dezember 2025 das bundesweite Verbot der Hammerskins aufgehoben habe, da ein übergeordneter Bundesverein nicht nachweisbar gewesen sei. Das Gericht habe betont, dass es Aufgabe der Länder sei, die einzelnen Chapter bei vorliegender Voraussetzung zu verbieten.

„Genau das verlangen wir heute“, sagte Oehlich. „Wir wollen die ernsthafte Prüfung eines Vereinsverbots und wir wollen, dass dieses Verbot umgesetzt wird.“ MV sei kein Rückzugsraum für bewaffnete Neonazis.

Innenminister Christian Pegel (SPD) erklärte, dass die Hammerskins klar rechtsradikal seien. „Wir halten sie für rechtsextrem in jeder Phase ihres Seins und Körpers. Wir halten sie durchaus auch für gefährlich.“ Sie seien Teil der rechtsextremen Strukturen, die es in einigen Teilen von MV gibt.

Die zuständigen Behörden prüften stets jede Struktur darauf, ob es hinreichende Anhaltspunkte für Verbote gibt. Pegel erteilte jedoch dem Ansinnen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf fortlaufende Unterrichtung eine Absage. „Da werden Sie bei uns große Zurückhaltung erleben.“ Der Verfassungsschutz und die Landespolizei würden sich immer erst dann äu-

ßern, wenn bereits Folgerungen gezogen seien. Jede Form von vorheriger Information berge immer ein Restrisiko. Pegel berichtete, dass sich die beiden regionalen Organisationseinheiten der Hammerskins „Mecklenburg“ und „Pommern“ nach Mitteilung ihrer Anwaltskanzleien im Dezember 2025 aufgelöst hätten. Es gebe auch keine Nachfolgeorganisationen.

Der Minister versicherte, dass sich Verfassungsschutz und Landespolizei nicht allein mit so einem Hinweis zufriedengeben werden. Zurzeit müsse jedoch davon ausgegangen werden, dass diese Strukturen nicht mehr bestehen.

Der Fraktionsvorsitzende der AfD, **Nikolaus Kramer**, bezeichnete den Antrag als klassischen Schaufensterantrag. Mit dem wollten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegenüber der eigenen linken Klientel Entschlossenheit und Handlungsbereitschaft demonstrieren und erhielten dafür sicherlich in der eigenen Blase Applaus. Aber die Gewaltenteilung in einem solchen Fall habe durchaus ihren grundgesetzlich verbrieften Sinn.

Angesichts des gekippten Verbots der Hammerskins bleibe festzuhalten: „Die Bilanz der letzten SPD-Bundesinnenministerin Nancy Faeser dürfte alles andere als erfolgreich bewertet werden“, sagte Kramer. Er kritisierte, dass mit dem Antrag der Grünen vom Landtag eine politische Positionierung zu einem Verbot verlangt werde, dessen rechtliche Umsetzung nicht in seine Zuständigkeit falle oder verbindlich entschieden werden könne.

Der Landtag könne sicherlich politische Erwartungen formulieren und Debatten anstoßen. „Er kann aber nicht an die Stelle von Ermittlungsbehörden und Gerichten treten.“ Angesichts der durch die Anwälte erklärten Auflösung der Chapter spreche sich die AfD-Fraktion dafür aus, den Ermittlungsbehörden und Gerichten Raum zur eigenständigen Überprüfung zu geben und sie nicht durch politisch

Videos der Debatten des Landtages

Erleben Sie die Debatten aus dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern als Video-Mitschnitt. Etwa einmal monatlich tritt der Landtag Mecklenburg-Vorpommern zu mehrtägigen, öffentlichen, Plenarsitzungen zusammen. Hier können Sie sich die Abstimmungen und Debatten ansehen.

www.youtube.com/user/MVLandtag



vorgefasste Beschlüsse unter Druck zu setzen.

Sebastian Ehlers (CDU) zeigte sich verwundert über die Einbringung des Grünen-Antrags. „Die Gewaltenteilung gehört zu den zentralen Strukturprinzipien des deutschen Staatsrechts.“ Es sei nicht Aufgabe oder Befugnis des Landtags, Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts auszulegen.

Das Landeskriminalamt als Vollzugsbehörde und das Innenministerium hätten im Rahmen des Verbotsverfahrens im September 2023 Durchsuchungen, Aufklärungsmaßnahmen und Gefährderansprachen in MV durchgeführt. Pegel hätte damals gesagt, dass es Ermittlungsverfahren nach dem Waffengesetz, Kriegswaffenkontrollgesetz und Sprengstoffgesetz geben wird. „Was daraus geworden ist, ist aus meiner Sicht nicht deutlich geworden.“

Nach den Anmerkungen im Verfassungsschutzbericht MV im Jahr 2023 habe es in den folgenden Verfassungsschutzberichten keine weiteren Informationen zu den bundesrechtlichen Verbotsverfahren gegeben.

Deswegen hätte es aus Sicht Ehlers andere und seriösere Wege gegeben, das Thema im Landtag zu besprechen. Da wäre beispielsweise die Möglichkeit einer kleinen Anfrage an das Innenministerium oder der Antrag im Innenausschuss auf einen Bericht gewesen. Es sei darüber

hinaus unklug, politisch motivierte Verbote auf den Weg zu bringen, die am Ende kassiert werden. Auch Ehlers kritisierte in diesem Zusammenhang die frühere Bundesinnenministerin Faeser.

Michael Noetzel (Die Linke) erklärte, dass sicher davon auszugehen sei, dass alle vorliegenden Erkenntnisse aufbereitet und in dem Verbotsverfahren berücksichtigt worden sind. Zudem würde stets und ständig geprüft, ob genügend Beweise für ein Verbot vorliegen.

Das Verfahren und das Urteil seien ein Beweis dafür, dass es offensichtlich manchmal unterschiedliche Auffassungen gibt. „Während die Behörden der Meinung waren, dass es sehr wohl ausreicht, die Hammerskins Deutschland mit ihren Chapters zu verbieten, sah das Gericht das offensichtlich anders. Was am Ende natürlich auch zeigt, dass die Gewaltenteilung funktioniert“, betonte Noetzel. Allerdings müsse festgestellt werden, dass man nichts verbieten kann, was es nicht gibt. „Das heißt nicht, dass man die Personen nicht weiter im Blick hat und schaut, ob es nicht dennoch Strukturen gibt.“

Es sei auch im rechtsextremen Bereich durchaus eine Taktik, dass sich rechtsextreme Vereine oder Vereinigungen auflösen. So habe sich die junge Alternative aufgelöst, bevor ein Gericht entscheiden konnte, dass sie gesichert rechtsextrem ist.

Es sei schwer, über eine Auflösung der Hammerskin-Chapter nachzudenken, wenn die sich schon selbst aufgelöst haben, sagte **René Domke** (Gruppe der FDP). Allerdings würden die Menschen nach der Auflösung ihre Gedanken natürlich nicht am Hutständer abhängen, sondern sich möglicherweise in neuen Strukturen organisieren. Deshalb müssten diese Strukturen auch weiterhin beobachtet werden.

Domke betonte, dass der Landtag für die Frage eines Hammerskins-Verbot nicht zuständig sei. „Er gehe davon aus, dass die Sicherheitsbehörden und der Verfassungsschutz die Mittel ausnutzen, die sie haben, um genau so etwas zu prüfen und entsprechende Verfahren in Gang zu setzen.“ Da habe ich großes Vertrauen.“ Für Domke war es klar, dass die neonazistischen Ideologien, die bei den Hammerskins vertreten wurden, natürlich zu einem Verbot hätten führen müssen. Allerdings sei es bei dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts um die nicht feststellbare bundesweite Bedrohung gegangen.

Der Antrag wurde bei Zustimmung durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Enthaltung eines fraktionslosen Abgeordneten und ansonsten Gegenstimmen abgelehnt.

mgf

Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/6167

Die LandtagsNachrichten kostenfrei abonnieren



Scannen Sie diesen QR-Code, oder senden Sie direkt eine eMail an: oeffentlichkeitsarbeit@Landtag-mv.de, oder Sie bestellen die LandtagsNachrichten per www.landtag-mv.de/services/landtagsnachrichten

FDP fordert gezielte Steuerentlastungen

Antrag mit Vorschlägen für mehr Netto vom Brutto

Die Steuerlast der Bürger sei mittlerweile so hoch, dass kaum noch Spielraum für Leistungsanreize bleibe, warnte die Gruppe der FDP. Sie schlug eine Reihe von Maßnahmen vor, die den Beschäftigten „mehr Netto vom Brutto“ ermöglichen. Eine davon könnte ein Grundsteuerfreibetrag für Familien sein. Andere Forderungen jedoch, wie ein höherer steuerlicher Einkommensfreibetrag, die Absenkung der Spitzensteuersatzgrenze oder der Wegfall des Solidaritätszuschlages, richteten sich an den Bund. Darum konnten fast alle Fraktionen keinen Handlungsbedarf auf Landesebene erkennen und wiesen den Antrag ab.

„Mehr Netto vom Brutto“ sei „ein Versprechen“, dass zuerst den arbeitenden Bürgern das Geld zustehe und dann erst dem Staat, erläuterte **René Domke** (Gruppe der FDP) die Intention des Antrages. Denn die Steuer- und Abgabenlast hemme „massiv“ die Leistungsbereitschaft und Wettbewerbsfähigkeit. Neben Überlegungen zur Grunderwerbsteuer schlug René Domke auch Initiativen im Bundesrat vor. Eine Anhebung des Steuerfreibetrags auf 1.000 Euro oder eine höhere Einkommensgrenze für den Spitzensteuersatz könnten zur „gezielten“ Entlastung kleiner und mittlerer Löhne beitragen. Zudem müssen die Rahmenbedingungen für die hohen Unternehmenssteuern verbessert werden. Steuergerechtigkeit bedeutete für René Domke auch die Bekämpfung von Steuervermeidung und Geldwäsche. Daneben solle „dringend“ über Steuerverwendung nachgedacht werden, hob der Abgeordnete hervor.

Der Antrag schaffe es, die seit Jahresanfang geltenden steuerlichen Entlastungen mit keinem Wort zu erwähnen, kritisierte **Finanzminister Dr. Heiko Geue** (SPD). Dadurch sparen Privathaushalte und Unternehmen mehrere Milliarden

Euro jährlich. Die Gruppe der FDP habe „jeglichen Blick für die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Wachstumsstärkung, der Innovationsförderung und einer realistischen Einschätzung von Belastungen und Entlastungen im Land verloren“, hielt der Minister dem Antragsteller vor. Dabei sei das Grundthema „mehr Netto vom Brutto“ sehr wichtig. Darum finanziere die Landesregierung die Steuererleichterungen des Bundes trotz der Haushaltsprobleme mit. Die Bürger müssen entlastet werden, ließ Dr. Geue keinen Zweifel. „Es muss aber nachhaltig finanzierbar sein.“ Hier vermisse er Angaben zur Gegenfinanzierung, richtete er an René Domke.

Als „Wirtschaftsliberaler“ befürworte er sowohl den Leistungsansatz als auch steuerliche Anreize und Wettbewerbsfähigkeit, betonte **Martin Schmidt** (AfD). Aber es brauche auch Haushaltswahrheit, Zuständigkeiten und politische Ehrlichkeit. „Und da genau beginnt das Problem“, hielt er René Domke vor. Denn der Antrag sei „ein libertärer Wunschzettel ans Christkind“, ohne zu erklären, „wer die Geschenke bezahlt“. Dies hielt Martin Schmidt für „unredlich“. Zudem richteten sich die meisten Forderungen an den Bund, der bereits an einigen der Punkte arbeite. Das hätte die Gruppe der FDP auch mit Kleinen Anfragen herausfinden und dann überlegen können, ob es angesichts der „klammen Kassen“ überhaupt Sinn mache, „nachzusteuern“. Dennoch erachte seine Fraktion die vom Antrag eingeschlagene Richtung für richtig und werde deshalb zustimmen.

Auch **Marc Reinhardt** (CDU) unterstrich, dass der Adressat des Antrages eigentlich der Bund sei. Er gab René Domke aber in Bezug auf die Grunderwerbsteuer recht. Sie war einst zur Entlastung der Straßenbaubeiträge gedacht, nehme aber mehr ein, als ausgegeben werde. Die CDU stimme auch dem Feststellungsteil des Antrages weitgehend zu.

„Die Steuer- und Abgabenlast ist in Deutschland zu hoch“ und dadurch werde der „Faktor Arbeit“ zu teuer. Die von der Gruppe der FDP kritisierte Verwendung der Infrastrukturmittel für Aufgaben des Landes, etwa für den Unterhalt von Straßen, teile die CDU: „Das halten auch wir für falsch.“ Dennoch werde seine Fraktion dem Antrag nicht zustimmen, erklärte Marc Reinhardt. Viele Forderungen seien Bestandteil des Koalitionsvertrages auf Bundesebene, wovon Einiges gerade umgesetzt werde.

Was die Gruppe der FDP vorlege, sei „kein Entlastungskonzept für die breite Mehrheit, sondern ein Wunschzettel für Beserverdienende und Unternehmen“, erkannte **Torsten Koplín** (Die Linke). Das lehne seine Fraktion ab, wäre aber bereit, über den Grundfreibetrag zu reden. Doch die Gruppe der FDP kopple ihn an die Senkung des Einkommensteuertarifs und die Anhebung der Schwelle für den Spitzensteuersatz. „Ein bisschen fade für die Mitte, unten kaum Wirkung und ein saftiges Geschenk für die oberen Zehntausend“, schlussfolgerte der Abgeordnete. Für Die Linke bedeute Standortpolitik nicht billiger, sondern funktionierender Staat. „Das finanziert sich nicht aus Luft und liberaler Hoffnung, sondern aus Steuereinnahmen auch von Unternehmen“, begründete Torsten Koplín seine Ablehnung.

Steuersachen seien „eine Art Gesellschaftsvertrag“ und haben eine Bedeutung für unsere Gesamtgesellschaft, stellte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) seinen Ausführungen voran. Darum frage er sich, wer mehr Netto vom Brutto erhalten solle. Die Idee, die Grunderwerbsteuer für die erste selbst genutzte Immobilie zu streichen, befürworte er. Dann müsse aber auch darüber geredet werden, wie dies zu kompensieren sei. Insgesamt laufe der Antrag auf weniger Steuern für alle hinaus, schweige aber darüber, wie „die



René Domke (Gruppe der FDP)



Finanzminister Dr. Heiko Geue



Martin Schmidt (AfD).



Marc Reinhardt (CDU)



Torsten Koplín (Die Linke)



Dr. Harald Terpe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)



Tilo Gundlack (SPD)



Sandy van Baal (fraktionslos)

dringenden Aufgaben unserer Zeit“ finanziert werden. „Man kann und man muss natürlich regelmäßig betrachten, ob das Steuersystem so, wie es jetzt ist, gerecht und angemessen ist.“ Dazu biete sich die Erbschaftssteuer an, wo „Überreiche quasi keinerlei Erbschaftssteuer zahlen müssen“. Den Antrag lehne seine Fraktion ab.

„Steuern sind nicht nur eine finanzielle Belastung, sondern eine wesentliche Säule funktionierender Staaten“, hielt **Tilo Gundlack** (SPD) fest. Während er die Absicht des Antrages nachvollziehen könne, sehe er, dass vor allem Besserverdiener von solchen pauschalen Entlastungen profitieren würden. Stattdessen brauche es eine „zielgerichtete Entlastung“ für Geringverdiener, Alleinerziehende und Rentner. Die Vorschläge der Gruppe der FDP würden jedoch zu „erheblichen Mindereinnahmen“ beim Bund, den Ländern und den Kommunen führen, unterstrich Tilo Gundlack. Mehr Gerechtigkeit bedeute, „dass diejenigen, die am meisten haben, auch einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung unserer Gesellschaft leisten“. Der Abgeordnete rief dazu auf, den Kurs des sozialen Zusammenhalts zu fördern, und appellierte an seine Kollegen, den Antrag abzulehnen.

Sandy van Baal (fraktionslos) teilte die grundsätzliche Forderung der Gruppe der FDP. Wenn ein Arbeitnehmer bis weit in den Sommer allein für die Finanzierung des Staates und der Sozialkassen arbeite und dann erst für sich selbst, dann sei dies „kein ausgewogener Sozialstaat mehr“, sondern „ein reiner Abgabenstaat“. Natürlich sei für viele Punkte Berlin zuständig, aber das „darf keine Ausrede sein, grundsätzliche Fehlentwicklung [nicht] auch hier im Landesparlament klar zu benennen“. Denn die „zentrale Frage“ bleibe, warum wir einem System vertrauten, das ständig teurer werde, aber

immer weniger leiste. Ein Staat, der mehr als die Hälfte der Leistung seiner Bürger beansprucht, werde zum Haupteigentümer ihrer Arbeitskraft „und das widerstrebt mir zutiefst“, verdeutlichte die Abgeordnete. Sie werde dem Antrag daher zustimmen.

Am Ende der Debatte warb **René Domke** (Gruppe der FDP) für eine grundsätzliche Betrachtung, wie „sinnvoll“ es sei, zunächst Geld wegzunehmen, um dann hinterher als „wohlmeinender Staat“ wieder nachzusteuern. „Traut doch den Menschen auch einfach mal mehr zu“, richtete der Abgeordnete an seine Kollegen. Mit mehr Netto könnten die Menschen durch den Erwerb von Eigentum selbst vorsorgen. „Das ist doch die beste Altersversorgung. Das ist auch Versorgung oft über Generationen hinweg.“ Hingegen greifen sowohl die Erbschaftssteuer als auch die Vermögenssteuer „die Substanz“ an, die zum Wirtschaften gebraucht werde.

Zum Thema „Gerechtigkeit“ ergänzte David Wulff (Gruppe der FDP), dass der hohe Steuersatz dazu führe, dass viele lieber in Teilzeit arbeiteten. Es habe doch auch mit Gerechtigkeit zu tun, wenn den Menschen die Chance genommen werde, „Kapital aufzubauen, Geld zu erwirtschaften durch ihre eigene Hände Arbeit“. Die Gruppe der FDP wolle, dass am Ende etwas für die eigene Vorsorge übrigbleibe.

Dem Antrag stimmten nur die Gruppe der FDP und die Fraktion der AfD zu. Mit den Gegenstimmen aller anderen Fraktionen wurde die Drucksache abgelehnt.

mye

Antrag der Gruppe der FDP
Drucksache 8/6178

Fotso: Uwe Sinnecker/Archiv

Meldungen

Mehr digitale Lernmöglichkeiten an Schulen

■ Mit der vom Landtag beschlossenen achten Änderung des Schulgesetzes werden laut **Nadine Julitz** (SPD) die Lehrkräfte gestärkt, die sich für Demokratie und gegen Extremismus einsetzen. Zusätzlich sollen digitale Lernmöglichkeiten besser in den Unterricht integriert und der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Grundschulen ab 2026 gesichert werden.

„Wir strukturieren neu, wir entbürokratisieren, wir vereinfachen“, sagte **Justizministerin Jacqueline Bernhardt** in Vertretung für Bildungsministerin Simone Oldenburg (beide Die Linke). Der Weg werde frei gemacht für landesweite Lösungen in der Bildungsinfrastruktur und der Bildungsmedieninfrastruktur. Bislang sei dies nur auf Ebene der einzelnen Schulen möglich gewesen.

Enrico Schult (AfD) kritisierte eine unnötige Politisierung durch die Novelle. Die Regierung schreibe gesetzlich fest, welche Meinung in der Schule noch als kontrovers gelten dürfe und welche nicht. „Das ist nicht der Geist des Beutelsbacher Konsenses.“

Die eigentlichen Probleme würden in der Novelle gar nicht angegangen, erklärte **Torsten Renz** (CDU). „Unsere Herausforderung ist die Unterrichtsversorgung.“ Damit befasse sich die Novelle aber nicht. Auch das Thema Erhalt der Förderschulen sei nicht zu finden.

„Digitale Bildung ist kein nice to have. Sie ist Voraussetzung dafür, dass Schule überhaupt zeitgemäß arbeiten kann“, sagte die Fraktionsvorsitzende der Linken, **Jeannine Rösler**.

Doch Kinder und Jugendliche bräuchten den Klassenverband. Präsenzunterricht habe weiterhin absolute Priorität. Die Novelle enthalte richtige Ansätze, sagte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). „Demokratiebildung soll gestärkt werden.“ Doch in der Praxis bleibe der Entwurf defensiv und oft nur Symbolik. Denn die Situation an den Schulen mit Rechtsextremismus und Antisemitismus sei alarmierend.



Foto: Archiv/unsplash

Die Pläne für eine landesweite digitale Bildungs- und Bildungsmedieninfrastruktur seien grundsätzlich richtig, sagte **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). Aber ein so stark zentralisierter Ansatz berge das Risiko, dass die Vielfalt der Schulen nicht ausreichend berücksichtigt wird.

Der Gesetzentwurf wurde bei Zustimmung der Fraktionen Die Linke und SPD, Gegenstimmen der Gruppe der FDP und Stimmenthaltung der übrigen Fraktionen angenommen.

*Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 8/6208*

Studienquote für Zahnärzte und Pharmazeuten

■ Seit 2020 ermöglicht das Landarztgesetz, Studienbewerber der Humanmedizin zu bevorzugen, wenn sie nach der Ausbildung zehn Jahre in einer unterversorgten Region von MV arbeiten. Diese Landarztquote soll auf angehende Zahnärzte sowie Pharmazeuten ausgedehnt werden.

Ein AfD-Änderungsantrag forderte die Berücksichtigung der persönlichen Eignung der Studienanwärter, während BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Vertragsstrafe auf 100.000 Euro herabsetzen wollte.

Die Vorsitzende des Sozialausschusses, **Katy Hoffmeister** (CDU), führte Erhebungen der Ärztekammer an, wonach das Landarztprogramm die richtige Zielgruppe erreiche: junge Menschen aus ostdeutschen Kleinstädten.

Sozialministerin Stefanie Drese (SPD) sah den Wert der Gesetzesinitiative in der Verhinderung einer sich „zuspitzen Diskrepanz“ der Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land. Sie erwartete aber auch von den Kassenärztlichen Vereini-

gungen und Krankenkassen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden.

Quoten allein werden die strukturellen Probleme bei den Arbeitsbedingungen für Mediziner oder der Infrastruktur im ländlichen Raum nicht beheben, warnte **Enrico Schult** (AfD). Er plädierte dafür, arbeitslose oder ausgewanderte Ärzte wieder zurückzugewinnen.

Im Debattenbeitrag für ihre Fraktion zählte **Katy Hoffmeister** (CDU) die CDU-Initiativen auf, die nun von der Regierungskoalition aufgegriffen wurden. „CDU-Opposition wirkt“, stellte sie fest, bedauerte aber verlorene „wertvolle Jahre“.

„Opposition wirkt immer“, bestätigte **Torsten Koplín** (Die Linke), wies aber die Kritik als „unberechtigt“ zurück. Denn Bundesregelungen verhinderten ein früheres Handeln.

Die Ärztekammern forderten jahrelang, Landesländer beim Medizinstudium zu bevorzugen, rief **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) in Erinnerung. Doch die jetzt angestrebte Verpflichtungszeit und Vertragsstrafe hielt er für „unfair, unausgewogen und etwas kontraproduktiv“.

Christine Klingohr (SPD) war es wichtig, dass die Regelung allen jungen Menschen offenstehe und die Anhörungen eine breite Anerkennung des Gesetzentwurfs ergaben.

Gerade weil die medizinische Versorgung auf dem Land „eine der zentralen Zukunftsfragen“ sei, vermisste **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP) „präzise, wirksame und abgestimmte“ Maßnahmen, die kurzfristig umsetzbar wären.

Dem Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmten der Antragsteller und der fraktionslose Abgeordnete Hannes Damm zu. Die CDU und die Gruppe der FDP enthielten sich. Mit den Gegenstimmen von Die Linke, SPD und AfD wurde der Antrag abgelehnt.



Wie kann es gelingen, mehr Ärzte in Mecklenburg-Vorpommern zu halten?
Foto: Archiv

Der AfD-Änderungsantrag wurde mit den Gegenstimmen aller Parlamentarier bei Zustimmung des Antragstellers abgelehnt.

Es gab ein gleiches Stimmverhalten bei der jeweiligen Abstimmung von Artikel 1 sowie Artikel 2 bis 3 als auch der Schlussabstimmung des Gesetzentwurfes: Die Linke und SPD waren dafür, die Gruppe der FDP dagegen und der die restlichen Fraktionen enthielten sich.

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 8/5318

hierzu

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Sport (9. Ausschuss)

Drucksache 8/6201

hierzu

Änderungsantrag

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 8/6233

Änderungsantrag AfD

Drucksache 8/6234

Modernisierung des öffentlichen Dienstes beschlossen

■ Mit Änderungen am Landesbeamtengesetz reagierte das Innenministerium auf den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts, dienstliche Beurteilungen als Rechtsnorm zu regeln. Weitere Neuerungen umfassen pauschale Beihilfen zur Krankenversicherung und den Zugang von Quereinsteigern, wie Berufssoldaten, Fachexperten oder langjährig Beschäftigten im öffentlichen Dienst zum Beamtenverhältnis. Kontrovers wurde debattiert, kommunalen Spitzenpolitikern nach sieben Dienstjahren die Eignung für die höhere Beamtenlaufbahn anzuerkennen.

Als größter Arbeitgeber in MV beschäftigte der öffentliche Dienst über 79.000 Angestellte, von denen 20.700 Beamte seien, führte **Martina Tegtmeyer** (SPD) aus. Ihr sei die „besonders umstrittene“ Option der Verbeamtung gewählter Volksvertreter bewusst, sie plädiere dennoch für die Ablehnung diesbezüglicher Änderungsanträge der Opposition.

Mit den Modernisierungen hoffte **Innenminister Christian Pegel** das Beamtengesetz aus dem letzten Jahrhundert in das Jahr 2026 zu „katapultieren“ und dem öffentlichen Dienst zu einem „Attraktivitätsschub“ zu verhelfen.

„Bei allem Respekt vor dem Amt eines hauptamtlichen Bürgermeisters“, wandte **Horst Förster** (AfD) ein, Erfahrungen ersetzen nicht die Fähigkeiten für den höheren Dienst.

Dies sah die CDU ähnlich und forderte die Streichung des Vorhabens. Denn die Berufung von Politikern ins Beamtenverhältnis, missachte das „Leistungsprinzip“ und die volljuristische Ausbildung, begründete **Marc Reinhardt** (CDU).

Torsten Koplin (Die Linke) warb für das aus seiner Sicht „fortschrittliche Gesetz“, das vor allem für „mehr Solidarität“ Sorge, wenn Beamte in die gesetzliche Krankenkasse einzahlten.

Leider wurde die Chance zur Einführung einer „Familienstartzeit“ mit bezahltem Sonderurlaub für das zweite Elternteil verpasst, so die Fraktionsvorsitzende **Constanze Oehlich** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Der Vorschlag ihrer Fraktion zur Anhebung der Altersgrenze für die Verbeamtung hätte das Gesetz „zukunfts-fester und sozialer“ machen können.

Auch **David Wulff** (Gruppe der FDP) bezweifelte, dass die Arbeit auf kommunaler Ebene zum Landesdienst qualifiziere. Die Gruppe der FDP sehe den Gesetzentwurf darum „differenziert“ und befürworte eine „grundsätzliche Debatte“ über die von Beamten zu leistenden staatlichen Aufgaben.

Der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde vom Antragsteller und der CDU unterstützt, aber mit den Gegenstimmen aller anderen abgelehnt. Dem CDU-Änderungsantrag stimmten die CDU, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu. Bei Enthaltung der Gruppe der FDP und mit den Gegenstimmen von Die Linke und SPD wurde der Antrag abgewiesen.

Bei der Abstimmung zu Artikel 1 des Gesetzentwurfes enthielten sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die AfD, während die CDU und die Gruppe der FDP den Artikel ablehnten. Mit den Ja-Stimmen von Die Linke und SPD wurde Artikel 1 angenommen.

Die Artikel 2 bis 5 wurden von Die Linke und SPD bestätigt und somit angenommen. Alle anderen Parlamentarier enthielten sich.

Bei der Schlussabstimmung zum Gesetzentwurf enthielten sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die AfD. Die CDU und die Gruppe der FDP stimmten dagegen. Mit

der Befürwortung von Die Linke und SPD wurde das Gesetz angenommen.

Der Entschließungsantrag der CDU wurde durch die Ablehnung von Die Linke und SPD, Enthaltung der AfD und bei sonstiger Zustimmung verworfen.

Der Entschließungsantrag der Gruppe der FDP wurde nur vom Antragsteller begrüßt. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthielten sich und mit der Ablehnung von Die Linke, SPD, AfD wurde auch der Antrag abgelehnt.

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 8/5314

hierzu

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres und Bau (2. Ausschuss)

Drucksache 8/6202

hierzu

Änderungsantrag

Bündnis90/Die Grünen

Drucksache 8/6219

Änderungsantrag CDU

Drucksache 8/6229

Änderungsantrag CDU

Drucksache 8/6230

Änderungsantrag FDP

Drucksache 8/6238

Die Linke: Wohnungslosigkeit und Segregation bekämpfen

■ Wohnungslosigkeit muss laut **Dr. Daniel Trepsdorf** (Die Linke) konsequent bekämpft werden. Es bestehe ein eklatanter Widerspruch zwischen politischen Versprechen und gesellschaftlicher Realität, betonte er in einer von der Fraktion Die Linke beantragten Aussprache. „Wir brauchen Sozialsysteme, die die Menschen nicht noch zusätzlich unter Druck setzen.“

Innenminister Christian Pegel (SPD) zeigte sich zuversichtlich, dass bei Teilhabe und Segregationsüberwindung Prozesse angestoßen worden seien, die beim Bewusstwerden der Problematik helfen und die notwendigen Umsetzungsprozesse voranbringen. Damit solle erreicht werden, dass viele unterschiedliche Menschen in den Städten leben können.

Deutschland hat nach Worten von **Jan-Phillip Tadsen** (AfD) die niedrigste Wohneigentumsquote in der EU. „Wer bauen will, muss einen langen Atem besitzen.“

Es bestehe ein föderales Kompetenzgerangel. Bund, Länder und Kommunen müssten ihren Beitrag leisten. **Harry Glaue** (CDU) verwies auf die Erfolge der Städtebausanierung nach der politischen Wende. Bund, Land und Kommunen hätten sich zu je einem Drittel beteiligt. „Man kann sich heute die Innenstädte ansehen, die sind wieder sehenswert.“

Rainer Albrecht (SPD) berichtete, dass das Land die Förderung im sozialen Wohnungsbau und einen zweiten Förderweg eingeführt habe. Damit könne in Plattenbausiedlungen der Neubau auf höherem Niveau gefördert werden, um der Segregation entgegenzuwirken.

Anne Shepley (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erwähnte das Rostocker Projekt „Moins“. Dort gehe es um Betreuung von Langzeitobdachlosen und dass Menschen gar nicht erst wohnungslos werden. 103 Menschen hätten im ersten halben Jahr in ihren Wohnungen bleiben können und seien nicht obdachlos geworden.

Wohnungslosigkeit sei kein Randphänomen, sondern ein ernstzunehmendes Warnsignal für soziale Brüche in der Gesellschaft, sagte **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). „Frühe Beratung, passgenaue Hilfen und funktionierende soziale Netzwerke vor Ort sind entscheidend.“

AfD fordert Einsparungen

■ Mit der Streichung eines Ministeriums und Anpassung der Diäten von Abgeordneten und Ministerinnen und Ministern sollte nach Ansicht der AfD-Fraktion ein deutliches Zeichen an das Volk zur Lösung der Finanzkrise gesendet werden. Das Signal laute: „Ja, wir sparen bei Euch, aber seht her, wir sparen auch bei uns, denn es geht nicht mehr anders“, sagte **Martin Schmidt** (AfD).

„Der Antrag zeichnet ein zugespitztes Bild unserer Haushaltslage“, erklärte **Tilo Gundlack** (SPD). MV stehe zwar vor einer erheblichen finanzpolitischen Herausforderung. Das Land brauche aber eine seriöse Politik und keine Schlagzeilen, schon gar keine Maßnahmen, die langfristig schaden.

Marc Reinhard (CDU) schlug die Zentralisierung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung vor. Würde

das strategisch aus einer Hand erfolgen, könnten 18 der aktuell 53 Stellen eingespart werden.

Torsten Koplín (Die Linke) warf der AfD vor, die Debatte mit Alarmismus, Halbwahrheiten und Symbolpolitik zu vergiften. Die Probleme des MV-Haushalts seien die Folge einer in Teilen verfehlten Bundespolitik. Er nannte dabei die Schuldenbremse im Grundgesetz oder Milliardenlöcher durch Steuergeschenke für Reiche und Konzerne.

Für **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ist der AfD-Antrag reine Symbolpolitik, die mit einer vernünftigen Haushaltskonsolidierung nichts zu tun habe. Die AfD habe Probleme mit Zahlen. „Deswegen habe ich überhaupt kein Vertrauen in ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Sachverstand.“

Nach Ansicht von **Finanzminister Heiko Geue** (SPD) wolle die AfD den Eindruck erwecken, MV stehe am Rande einer Staatsfinanzkrise. „Diese Behauptung weise ich zurück, sie ist falsch.“ Trotz aller Herausforderungen und Schwierigkeiten stehe MV im Kern finanziell stabil da. Das Land halte die Schuldenbremse ein.

Es gebe keine Antworten, um die klaffende Finanzierungslücke ab 2028 von jährlich über einer Milliarde Euro zu schließen, beklagte **René Domke** (Gruppe der FDP). Allerdings betriebe die AfD keine Aufgabenkritik. „Sie müssen erst einmal sagen, welche Aufgaben überhaupt erfüllt werden müssen.“

Der Antrag wurde bei Zustimmung der AfD ansonsten Gegenstimmen abgelehnt.

*Antrag der Fraktion der AfD
Drucksache 8/5688*

Debatte zu Schienenfernverkehr

■ Die Deutsche Bahn beabsichtigt, ab Mai 2026 die frühe ICE-Verbindung von Rostock über Schwerin nach Hamburg aufgrund zu geringer Auslastung zu streichen. Das würde insbesondere die Berufspendler treffen, sorgte sich der Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters** (CDU). Vor allem fürchtete er ein „schleichendes Abhängen“ vom Fernverkehr und damit strukturelle Nachteile für das Land. Die Bahn habe seiner Fraktion bestätigt, dass der neue Fahrplan „in enger Abstim-

mung mit den Zuständigen im Nahverkehr“ von MV erarbeitet wurde. Dies bedeute, die Landesverkehrsgesellschaft und folglich das Land haben eingewilligt, kritisierte der Abgeordnete. Er forderte die Landesregierung auf, nochmals an die Bahn heranzutreten, wenn nötig „Landesgeld in die Hand“ zu nehmen und über einen schnellen Regio als Ersatz für die ICE-Verbindung nachzudenken. Auch **Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Blank** (parteilos) hielt es für „nicht vertretbar“, eine Landeshauptstadt vom morgendlichen Fernverkehr abzuschneiden. Er begrüßte daher die Konsultationen der Ministerpräsidentin mit der Bahnchefin.

Der ICE sei nicht nur Transportmittel, sondern auch Arbeitsplatz, betonte **Thore Stein** (AfD). Darum könne ein Regionalexpress kein „adäquater Ersatz“ sein. Bedauerlich sei die Abhängigkeit vieler Menschen vom Großraum Hamburg, weil sie vor Ort keinen Arbeitsplatz finden.

Dr. Daniel Trepzdorf (Die Linke) versicherte das „entschlossene“ Engagement seiner Fraktion für den Schienenfernverkehr, gab aber zu bedenken, dass sich im Wirtschaftsausschuss Vertreter der Bahn gegen den Einfluss einer Landesregierung auf den Fahrplan verwehrt haben.

Im Gegensatz dazu verlangte **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Fahrpläne müssen für die Menschen gemacht werden, nicht für die Konzernbilanz.“ Eine Region, die als Wohn- und Wirtschaftsstandort gestärkt werden solle, dürfe morgens nicht „abgehängt“ werden.

Die „klare Botschaft“, die **Mandy Pfeifer**



Regionalbahn, Hauptbahnhof Schwerin

Foto: Uwe Sinnecker/Archiv

(SPD) übermitteln wollte, lautete ähnlich: Es werde weiter um diese Frühverbindung gekämpft. Sie bat darum, die laufenden Gespräche abzuwarten.

René Domke (Gruppe der FDP) bemängelte, dass keine belastbaren Fahrgastzahlen vorliegen, betrachtete aber den Vorschlag von PROBAHN für einen Sprinter-Regionalexpress als eine geeignete „kurzfristige Maßnahme“.

Mit den Gegenstimmen von Die Linke und SPD bei sonstiger Zustimmung wurde der CDU-Antrag abgelehnt.

Antrag CDU
Drucksache 8/6212

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jugendaustausch institutionalisieren

■ Die Reise des Bildungsausschusses nach Riga habe ihr „die Augen geöffnet“, beschrieb **Jutta Wegner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ihre Eindrücke darüber, wie „professionell“ andere Länder den Jugendaustausch mit gut funktionierenden Netzwerken fördern. Sie wolle den Schülern in MV ähnliche Möglichkeiten eröffnen und forderte darum, den internationalen Jugend- und Schüleraustausch als „festen Bestandteil“ ins Bildungssystem zu integrieren. Dazu brauche es Strukturen, Beratung, Partner und auch Landesmittel, verdeutlichte die Abgeordnete.

Justizministerin Jacqueline Bernhardt (Die Linke) erläuterte in Vertretung für Bildungsministerin Simone Oldenburg (Die Linke) den enormen Umfang der für 2026 geplanten Schulfahrten und die „beeindruckend“ vielfältigen Möglichkeiten und Konzepte zum internationalen Jugendaustausch.

Schüleraustausch „ist gut, ist wichtig“ und werde schon umgesetzt, schlussfolgerte **Enrico Schult** (AfD) aus den Ausführungen der Ministerin. Ihm falle es schwer, Handlungsbedarf zu erkennen.

Torsten Renz (CDU) griff die Worte der Ministerin auf, wonach das Land die bestehenden Angebote weiter „evaluiert“. Es scheine „doch nicht alles in Butter“ zu sein. Zudem hätte er sich hierzu eine fraktionsübergreifende Initiative gewünscht, so wie es einst von den Koalitionären „signalisiert“ wurde.

Es gehe beim Schüleraustausch neben dem Reisen um „eine tiefere, nachhaltigere Form der Bildung“, stellte **Nadine Julitz** (SPD) klar. Die Organisation solcher Programme benötige realistische und nachhaltige Strukturen – unterstützt von Lehrkräften, Eltern, aber auch Schülern. Der Antrag treffe aus Sicht ihrer Gruppe „einen wichtigen bildungspolitischen Kern“, betonte **Barbara Becker-Hornickel** (Gruppe der FDP). Darum stimme sie in der Hoffnung zu, dass dieses Thema „weiter vehement bespielt wird“. Auch ihre Fraktion finde sich im Antrag wieder, versicherte die Fraktionsvorsitzende **Jeannine Rösler** (Die Linke). Der Zugang zu Informationen über die Angebote sei wichtig, und „da haben wir viel Luft nach oben“, bestätigte die Abgeordnete. Darum werde an der ständigen Verbesserung der Rahmenbedingungen gearbeitet.

Den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworteten nur der Antragsteller und die Gruppe der FDP. Mit der Enthaltung der CDU und den Gegenstimmen aller anderen Abgeordneten wurde die Drucksache abgewiesen.

Antrag BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/5690

FDP: Digitale Probleme der Polizei lösen

■ **David Wulff** (Gruppe der FDP) hat sich zuversichtlich gezeigt, dass sich ein Ausfall der Polizeihandys wegen eines gehackten Servers künftig nicht mehr wiederholen wird. Das Land dürfe sich aber bei anstehenden Änderungen und dem Kauf neuer Smartphones „nicht ewig und drei Tage Zeit lassen“. Bei der Schadensregulierung dürfe Geld kein Thema sein.

Innenminister Christian Pegel (SPD) betonte, dass die sogenannten mPOL-Handys selbstverständlich wiederkommen werden. Er fügte hinzu: „Es gibt keine fehlende Funktionsfähigkeit der Landespolizei, die wiederhergestellt werden müsste.“ Es seien lediglich liebgezwungene Erleichterungen für einige Zeit verlorengegangen.

Auch der Fraktionsvorsitzende der AfD, **Nikolaus Kramer**, erklärte, dass die Gruppe der FDP ein düsteres Bild von der Si-

cherheitslage der Polizei zeichne, das so nicht stimme. Er kritisierte jedoch die Art und Weise, wie das Innenministerium mit dieser Problemlage umgegangen sei.

Der Hackerangriff auf die Diensthandys der Polizei sei nach Überzeugung der Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehlich**, kein isolierter Unfall. „Er war das Symptom eines Systems, das zu abhängig, zu unübersichtlich und zu schlecht abgesichert war.“ Sie kritisierte die lange Zeit, bis die Mängel angegangen worden seien. „Wir leben in sicherheitspolitisch angespannten Zeiten. Staaten und andere Akteure nutzen zunehmend hybride Mittel“, sagte **Ralf Mucha** (SPD). In den allermeisten Fällen blieben diese Angriffe erfolglos. Doch manchmal gelinge es Angreifern, Schwachstellen auszunutzen. „Entscheidend ist dann nicht Alarmismus, sondern ein kühler Kopf.“

Der Antrag wurde bei Zustimmung durch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der FDP, Enthaltung durch die Fraktionen von CDU und AfD sowie Gegenstimmen durch Die Linke und SPD abgelehnt.

Antrag der Gruppe der FDP
Drucksache 8/6179

Neuregelung des Landeswasserrechts

■ MV hat ein neues Wasserrecht. Die Regierungskoalition lobte es als einen „Meilenstein“ zum Schutz und zur nachhaltigen Nutzung der Ressource Wasser; die Opposition kritisierte den Eingriff in Eigentumsrechte und die Kostenabwälzung auf Nutzer und Kommunen. Starkregen, Hochwasser, Trockenheit, ein ansteigender Meeresspiegel, aber auch Änderungen im Bundeswasserrecht machten eine Überarbeitung bestehender Regeln notwendig, erklärte die Vorsitzende des Agrarausschusses, **Dr. Sylva Rahm-Präger**. In den „intensiven“ Anhörungen und „zahlreichen“ Stellungnahmen wurden das Vorkaufsrecht der Wasserversorger, das Entgelt für die Wasserentnahme, aber auch der Schutz eines 5 Meter breiten Gewässerrandstreifens kontrovers diskutiert.

Die Novelle sei „ein Segen“ für unser Land und werde den „besonderen Schatz“

Wasser für die nachfolgenden Generationen sichern, stellte der **Landwirtschaftsminister Dr. Till Backhaus** (SPD) heraus. Thore Stein (AfD) hingegen sah „ein Gesetz mit sehr vielen Fragezeichen“, denn das Landbürde den Grundeigentümern „hohe finanzielle Belastungen und Risiken“ auf.

Thomas Diener (CDU) erinnerte an die „Fundamentalkritik aller involvierten Verbände“. Im Grunde bedürfe es eines völligen „Reboots“ des Gesetzes, denn mit Änderungen sei es nicht getan.

Die Ausweisung von Gewässerrandstreifen sei ein Eingriff in die Eigentumsrechte, räumte **Dirk Bruhn** (Die Linke) ein, „aber ein verhältnismäßiger: fachlich untermauert und längst überfällig“.

Trotz „Fortschritten“ greife das Gesetz insgesamt zu kurz, bedauerte **Dr. Harald Terpe** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN). Konkret fordere seine Fraktion, den fünf Meter breiten Gewässerrandstreifen zu verdoppeln.

Einstige Hoffnungen in die Präzisionslandwirtschaft zum Gewässerschutz haben sich nicht erfüllt. Darum sei der Gewässerrandstreifen eine „Notwendigkeit“, verteidigte **Dr. Sylva Rahm-Präger** (SPD) die Festlegung.

Die Modernisierung des Landeswasserrechts sei richtig, stimmte **David Wulff** (Gruppe der FDP) zu. Doch bei der Gemeinschaftsaufgabe Küstenschutz schiebe das Land Verantwortung auf Unternehmen, Bürger und Kommunen ab.

Hannes Damm (fraktionslos) vermisste eine Verzahnung des Landeswasserrechts mit der Moorschutzstrategie, ohne die eine Wiedervernässung der Moore nicht gelingen werde.

Dem Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Artikel 1 des Gesetzentwurfs stimmte nur der Antragssteller zu und wurde mit den Gegenstimmen aller anderen abgelehnt. Der Änderungsantrag von SPD und Die Linke bezüglich Artikel 1 und Artikel 9 des Gesetzentwurfs wurde mit den Stimmen der Antragssteller bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und sonstiger Ablehnung angenommen. Mit dem gleichen Abstimmungsergebnis wurde den Artikeln 1, 2 – 8, 9, 10 – 19 sowie per Schlussabstimmung dem Gesetzentwurf zugestimmt.

Der Änderungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der eine Entschließung beinhaltete, wurde bei Zustimmung des

Antragstellers, Enthaltung der Gruppe der FDP und sonstiger Ablehnung nicht angenommen.

*Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 8/5092*

hierzu

*Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Klimaschutz, Landwirtschaft und Umwelt (6. Ausschuss)
Drucksache 8/6213*

hierzu

*Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/6225*

*Änderungsantrag
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 8/6226*

*Änderungsantrag SPD, Die Linke
Drucksache 8/6239*

Neues Mediengesetz verabschiedet

■ Mit dem neuen Mediengesetz will die Landesregierung die regionale Berichterstattung für die Zukunft absichern.

Erstmals werde eine gesetzlich verankerte Basisförderung für lokale TV-Veranstalter ermöglicht, sagte **Nadine Julitz** (SPD). Dies diene der Sicherung der journalistischen Qualität, regionalen Vielfalt und demokratischen Meinungsbildung vor Ort.

„Nie war es so einfach, mit Halbwahrheiten oder Lügen eine breite Öffentlichkeit zu erreichen“, erklärte Ministerpräsidentin **Manuela Schwesig** (SPD). Deshalb sei es wichtig, dass es freie und unabhängige Medien gibt. Medien, die sich Zeit für die Recherche nehmen.

Die Medienlandschaft befinde sich im Strukturwandel, betonte **Jan-Phillip Tadsen** (AfD). Die „gängigen Medien“ seien einer echten Konkurrenz ausgesetzt. Dies seien unabhängig und sich selbst finanzierende Medien. Konkurrenz auf diesem Gebiet tue bitter Not.

Franz-Robert Liskow (CDU) berichtete, dass der Landesseniorenbeirat als Vertreter in den Medienausschuss erstmals aufgenommen worden sei. Er forderte, dass regionale und lokale Programme die Möglichkeit bekommen sollen, Wahlwerbung zu senden.



Medienvertreter im Landtag MV

Foto:Uwe Sinnecker/Archiv

Michael Noetzel (Die Linke) betonte die Notwendigkeit der Medienbildung. „Unsere wertvolle Demokratie kann sich keine Bevölkerung leisten, die immer wieder auf Fake News und Hetzkampagnen reinfällt.“

Die Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Constanze Oehrich**, kritisierte, dass dem Landtag Mitsprache in Dingen eingeräumt werde, aus denen er sich besser heraushalten sollte.

Trotz Warnungen werde die drohende Unterfinanzierung der Medienbildung nicht angepackt. Das Mediengesetz nehme insbesondere lokale Medien ins Visier, sagte **David Wulff** (Gruppe der FDP). Leider gebe es generell in den östlichen Bundesländern viel zu wenig lokale Perspektiven.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung wurde mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Die Linke, Stimmenthaltung von AfD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Ablehnung durch die Gruppe der FDP angenommen.

*Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 8/5315*



Dr. Till Backhaus antwortet Sandy van Baal, fraktionslos

Fotos: Uwe Sinnecker

Der Donnerstag einer Landtags-Sitzungswoche beginnt in der Regel mit der Befragung der Landesregierung. Hierfür benennen die Abgeordneten, die eine Frage stellen wollen, im Vorfeld den Geschäftsbereich sowie das jeweilige Themengebiet ihrer Frage. Somit haben die betreffende Ministerin oder der betreffende Minister die Möglichkeit, sich vorzubereiten. Die tatsächliche Frage stellt ihnen der oder die Abgeordnete im Rahmen der Fragestunde.

Sandy van Baal, fraktionslos:

Zukunft des Wolfsmanagement

Guten Morgen! Meine Frage hatte ich ja schon letzte Woche eingereicht. Zwischenzeitlich ist zu dem Thema ja eine Presse rausgegangen, im NDR veröffentlicht. Es geht um das Wolfskompetenzzentrum. Mir war bisher nicht klar, wie das alles in der Praxis zusammenspielt mit dem Wolfsmanagement. Deswegen bitte ich Sie, Herr Backhaus, das einmal praxisnah zu erläutern, wie Sie denken, wie das in der Zukunft funktioniert.

Minister Dr. Till Backhaus:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau van Baal! Also grundsätzlich ist es so, wir haben ja drei Säulen. Die Säule eins ist die Präventi-

on, die Säule zwei ist das Monitoring und die Säule drei ist das Management. Und wir haben natürlich zur Kenntnis genommen, dass wir in Deutschland und auch hier in Mecklenburg-Vorpommern ein deutliches Ansteigen der Wolfspopulation zu verzeichnen haben. Wir liegen jetzt in M-V bei 28 Rudeln, fünf Paaren und drei Einzeltieren. Deswegen haben wir entschieden, auch vor dem Hintergrund der Abstufung und auch des Gesetzgebungsverfahrens, was ja auf Bundesebene endlich hoffentlich zu einer rechtssicheren Umsetzung dieser Projekte führen wird, haben wir gesagt, wir müssen das stärker in die Fläche verlagern.

Und dazu sind natürlich die Forstämter – Sie wissen, wir haben 29 Forstämter – und damit sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kooperation mit der Jägerschaft, in Kooperation mit den Landwirten natürlich in der Lage, insbesondere das Monitoring deutlich besser umzusetzen, denn wenn man in ein Management eintreten will, müssen wir gewährleisten, dass der gute Erhaltungszustand beibehalten wird. Der ist jetzt gemeldet, aber wir brauchen natürlich die Daten. Und die Daten funktionieren nur, wenn wir sie füttern, und zwar digital.

Und deswegen haben wir entschieden, dass, wenn man so will, die drei Säulen jetzt in das Kompetenzzentrum eingegliedert werden und



Sandy van Baal und Dr. Till Backhaus

damit das aufgabenverstärkte Forstamt in Jasnitz diese Aufgabe übernimmt. Die koordinieren im Übrigen dann auch das gesamte Management und auch die Wissenschaft und die Forschung und auch die Öffentlichkeitsarbeit. Und sie koordinieren dann und sollen dann auch in der Zukunft, sobald der Managementplan und hoffentlich dann bis zur Sommerpause das Gesetzgebungsverfahren auf Bundesebene abgeschlossen ist – das ist ja morgen wieder im Bundesrat –, dass wir dann in dieses Management kommen.

Aber ich sage auch noch mal sehr klar, meine/unsere Priorität liegt darin, die auffälligen, die schadensstiftenden Wölfe zu entnehmen. Und dies wird komplett dann tatsächlich über das Wolfskompetenzzentrum, über Jasnitz gesteuert, in Zusammenarbeit mit den anderen Kollegen, mit der Wissenschaft, Dr. Stier, oder eben auch mit der Hotline.



Sandy van Baal, fraktionslos

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Abgeordnete, möchten Sie dazu eine Nachfrage stellen? Bitte!

Sandy van Baal, fraktionslos:

Sehr gerne. Also dieses Kompetenzzentrum bündelt dann diese drei Säulen und ist Ansprechpartner dann für alle. Meine Frage ist auch: Wenn Landnutzer ein Problem haben mit Wölfen oder Fragen zu dem großen Thema haben, können die sich dann direkt an dieses Kompetenzzentrum wenden?

Minister Dr. Till Backhaus:

Ja. Sie wenden sich nach wie vor an die Hotline, da sind ja hervorragende Mitarbeiter, das sind die tatsächlich, die im Lande ja bekannten. Und wir sind ja auch dabei, im Übrigen mit den Verbänden, mit allen Verbänden, den Schutzverbänden, den Nutzverbänden, das Management noch mal jetzt auf die neue Situation auszurichten, dadurch, dass der gute Erhaltungszustand erklärt worden ist zum einen und zum Zweiten, dass ja das Bundesgesetz kommt.

Ich sage aber hier und heute auch noch mal, das Bundesgesetz hat noch erhebliche Schwierigkeiten, also die Doppelzuständigkeit ist nicht weg, und wir haben auch bis jetzt keine rechtssichere und gerichtsfeste Aussage, dass wir tatsächlich nicht nur schadenstiftende, sondern eben auch die Entnahmen dann ordnungsgemäß und rechtssicher umsetzen können.



Jan-Phillip Tadsen, AfD



Innenminister Christian Pegel

Jan-Phillip Tadsen, AfD:
Auswirkungen der Reform des Asylsystems auf MV

Sehr geehrte Frau Präsidentin!
Herr Minister! Guten Morgen!

Die GEAS-Reform, die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, wartet auf Umsetzung, wartet darauf, dass sie in den Ländern, in Deutschland, aber auch in den Bundesländern, in Mecklenburg-Vorpommern konkrete Anwendung finden wird. Wir lesen in den letzten Wochen, dass es da einen Streit gibt, dass die Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern, was die Anpassung, was die Umsetzung dieser Reform angeht, nicht wirklich vorankommen. Herr Minister, es wird sogar bei der Innenministerkonferenz davon gesprochen, dass erhebliche Risiken für eine fristgerechte Umsetzung der Asylgrenzverfahren bestehen würden. Es geht dabei um Finanzierungsfragen vor allem.



Innenminister Christian Pegel

Deshalb frage ich Sie zunächst: Welche Auswirkungen wird die Umsetzung der Reform auf die Asylpolitik des Landes haben und welche Maßnahmen muss das Land auf den Weg bringen, damit man zu einer fristgerechten Umsetzung kommt, damit man zu einer fristgerechten Umsetzung auch kommt, ohne die Europäische Union in das Thema wieder einweihen zu müssen?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich nehme an, die Europäische Union muss man gar nicht einweihen. Ich habe die in den letzten Jahren immer als relativ aufmerksam auch bei Regionalpolitik erlebt. Die schauen schon sehr genau in die jeweils national geführten Diskussionen. Erstens.

Zweitens. In der Tat, es gibt einen Gemeinsamen-Europäischen-Asylsystem-Rahmen, den die jeweiligen Nationalstaaten, in diesem Fall also die Bundesrepublik Deutschland, durch eigene Gesetze ausfüllen müssen. Das Bundesinnenministerium bereitet diese Gesetzgebung vor. Es hat von Anfang an einen großen Wunsch der Länder gegeben mitzuwirken, denn das Gemeinsame Europäische Asylsystem hat, ich sage mal, drei große Punkte, an denen



Innenminister Christian Pegel und Jan-Phillip Tadsen, AfD

Foto: Uwe Sinnecker

Änderungen herbeigeführt werden.

Die erste Änderung berührt uns nicht unmittelbar. Es wird künftig möglich sein, an den sogenannten EU-Außengrenzen, dort also, wo die Europäische Union an einen Nicht-EU-Nachbarstaat angrenzt, für gewisse Flüchtlings- und Asylsuchendengruppen Einrichtungen zur Bearbeitung von entsprechenden Anträgen einzuführen. Das würde dazu führen, dass ein Teil derjenigen, die bislang in verschiedenen europäischen Ländern, also auch außerhalb der EU-Außengrenzen, sich fortbewegt haben, dort eigentlich schon in die jeweiligen Asylverfahren überführt werden müssten.

Zweitens. Das, was wir bisher als Dublin-Übereinkünfte, Dublin-Verordnung definieren, also Regelungen innerhalb der Europäischen Union – die in etwa wie folgt lauten: wer als Flüchtling oder Asylbewerber einen Fuß in die Europäische Union setzt, muss in dem Land, wo er das allererste Mal einen EU-Staat getroffen hat, muss dort sein Asylverfahren führen und kann dann nicht quer durch die Europäische Union sich aussuchen, wo innerhalb der EU er das möchte –, dieses System soll deutlich effizienter werden und wird mit neuen Regelungen unteretzt. Das ist etwas, was uns durchaus berühren kann, wenn es denn dann gut funktioniert, worauf wir setzen.

Die dritte große Überschrift berührt uns gleichermaßen nach bisherigen Kenntnisständen nicht, nicht unmittelbar zumindest. Immer dann, wenn wir innerhalb der Bundesrepublik Deutschland – das sind Flughäfen und manchmal Häfen – Situationen haben, wo Menschen, die nicht aus der Europäischen Union zu uns kommen, über eine, in Anführungszeichen, „EU-Außengrenze“ innerhalb der Bundesrepublik Deutschland kommen, die fliegen also mit einem internationalen Flug aus einem Nicht-EU-Mitgliedsland in Hamburg, Frankfurt, Berlin, wo auch immer auf dem Flughafen ein, dann kommen sie aus einem Nicht-EU-Mitgliedsland, überqueren quasi oder überschreiten das erste Mal die EU-Außengrenze dann am Flughafen, dass dort gleichermaßen in Nähe zu diesen jeweiligen, in Anführungszeichen, „EU-Außengrenzen“ Einrichtungen entstehen sollen. Das sind die drei großen deutlichen Veränderungen.

Der Streitpunkt ist zurzeit, wie die im GEAS, im Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, vereinbarten sogenannten Screening-Bestimmungen umgesetzt werden. Screening meint in Wahrheit das, was wir schon vorher kennen: Ich muss einen Gesundheitscheck machen, ich muss eine erkennungsdienstliche Behandlung durchführen, also herausfinden, ob derjenige/diejenige, der/die vor mir steht, wirklich Christian Pegel ist

oder welchen Namen auch immer Sie zugrunde legen möchten, die Herkunft klären, ob Vorstrafen vorliegen. Das tun wir schon heute. Die EU setzt allerdings vor, dass so etwas zum Teil viel grenznäher geschehen muss. Von daher kann es sein, dass wir an einigen Stellen, vornehmlich trifft es aber die Bundespolizei, dafür Sorge tragen müssen, dass das grenznah geschehen kann.

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister! Herr Abgeordneter, möchten Sie eine Nachfrage stellen? Bitte!

Jan-Phillip Tadsen, AfD:

sehr gerne. Herr Minister, ich hatte Sie schon gefragt, welche konkreten Auswirkungen diese Reform auf das Land haben wird. Sie selber haben jetzt da drei Punkte angesprochen. Ein Punkt war die Frage der, nennen wir es mal Neujustierung der Dublin-Verfahren. Die Verordnung wird ja jetzt auch umbenannt.

Was wird sich denn ganz konkret für das Land denn auswirken? Welche Umsetzungen müssen vom Land gewährleistet werden, damit eine Neuordnung dieser Dublin-Verfahren, eine, ich würde vermuten, damit eine Effektivitätssteigerung bei der Rücküberstellung von Dublin-Verfahren auch stattfinden kann? Was haben Sie da bisher konkret an der Hand, was das Land tun muss, damit dies ordentlich auf den Weg gebracht werden kann, und welche einzelnen Maßnahmen würde das Land dazu dann bereitstellen?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich knüpfe an das eben Gesagte an, es wird sich in erheblichem Umfang an Abläufen des Dublin-Verordnungsprozesses orientieren. Es soll aber in der Tat deutlich effizienter sein. Je nachdem, wie die Verordnung der Bundesrepublik Deutschland am Ende ausgestaltet sein sollte, die gesetzliche Umsetzung, kann es

sein, dass wir diejenigen, die unter diese früher Dublin- oder bisher Dublin-Regelungen, künftig GEAS-EU-interne Regelungen fallen, es kann gut sein, dass wir in unseren Einrichtungen dafür Sorge tragen müssen, dass stärkere Separierungen stattfinden. Das kann ich Ihnen momentan noch nicht sagen, weil ich die abschließenden Gesetze nicht kenne.

Ich gehe davon aus, dass sie heute oder morgen im Bundestag beraten werden. Nach meinem Kenntnisstand haben sich die Koalitionspartner auf Bundesebene verständigt. Sie haben den Ländern insbesondere Hinweise gegeben, die in den Verhandlungen mit uns eine Rolle spielten, weil diese Gesetzgebung durch die Bundesratsbefassung hindurch muss. Das wird allerdings erst Ende Februar nach meinem Kenntnisstand der Fall sein. Da geht es vor allen Dingen um die eben genannten Screeningpunkte und Kostentragungspflichten.

Wenn also die Bundespolizei künftig bereits an der deutsch-polnischen Grenze medizinische Untersuchungen durchführen will – bisher haben wir Flüchtlinge erst, wenn sie in die Erstaufnahmeeinrichtung in Stern Buchholz kamen, untersucht, dort haben wir auch die medizinischen Voraussetzungen, wir haben Ärztinnen und Ärzte, Pflegepersonal, wir haben vor allen Dingen technische Geräte, um die es zum Teil geht –, dann werden wir sicherstellen müssen, dass wir im Zweifel mit Kliniken in Anklam, Pasewalk, wo auch immer Verträge schließen, auf die die Bundespolizei zurückgreifen kann.

Allerdings, und das war lange der Streit, der Bund hat bisher gesagt, das ist eure Länderproblematik, er scheint jetzt, das ist das Signal, die Kostentragungspflicht – weil es eben eine bundespolizeiliche Aufgabe ist, bei der wir nur helfen würden, indem wir dann medizinische Einrichtungen bereitstellen –, er scheint jetzt dazu umzuschwenken, die Kostentragungspflicht des Bundes zu bestätigen. Und dann wird es jetzt darum



Innenminister Christian Pegel

Foto: Uwe Sinnecker

gehen, wie er konkret mit uns diese Kostenumsetzung vornimmt. Die Länder bestehen auf einer Spitzabrechnung. Ich hätte gerne pro Patienten bezahlt und nicht pauschal irgendeinen Betrag pro Jahr und in manchen Jahren, wenn es mehr sind, zahlen wir drauf, sondern es wird schon darum gehen, dass der Bundeshaushalt seine Aufgaben dann, die die Bundespolizei hat, auch vollständig abdeckt.

Dass die Länder allerdings bei der medizinischen Zuordnung helfen müssen, leuchtet mir ein. Die Bundespolizei kann natürlich nicht entlang aller deutschen Außengrenzen eigene medizinische Einrichtungen einführen. Da werden die Länder unterstützen müssen.

Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Angriff auf Greifswalder Hausprojekt in Silvesternacht

Guten Morgen, Herr Minister! Ich befrage Sie zu dem Thema „Erkenntnisse zu dem offenkundig rechtsextrremen Angriff auf ein Greifswalder Hausprojekt in der Silvesternacht 2025/2026“. Und ja, es gab in der letzten Zeit mehrere Medienberichte über Aktivitäten junger Neonazis in Greifswald und Umgebung. Thema war unter anderem der Angriff auf

einen SPD-Wahlkampfstand. Auch wurde über einen Ableger des bundesweiten Netzwerks „Deutsche Jugend Voran“ berichtet, der unter dem Namen „Mecklenburgs Jugend Voran“ firmieren und aus etwa 20 Personen bestehen soll.

Und in der vergangenen Silvesternacht gab es einen tätlichen Angriff auf ein alternatives Hausprojekt in Greifswald. Erst sollen die Täter die im Haus Anwesenden beleidigt und mit dem Tod bedroht haben. Dann sollen sie das Haus mit Steinen beworfen haben, zuletzt mit einem 20 Zentimeter großen Stein, der einen Bewohner nur knapp verfehlte. Und die Polizei konnte zwei Tatverdächtige feststellen.

Ich frage Sie, Herr Innenminister: Inwiefern sind die Tatverdächtigen bereits anderweitig in Erscheinung getreten, durch politische Aktivitäten, durch politisch motivierte oder allgemeine Kriminalität?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Frau Fraktionsvorsitzende! Ich weise darauf hin, das tue ich selbst im nicht öffentlichen Teil im Innenausschuss, erstens, das, was wir hier tun, ist, ein Gespräch führen über Ermittlungsverfahren, strafrechtliche Ermittlungsverfahren. Für die liegt die



Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fotos: Uwe Sinnecker

ßig zu betätigen, zu gut Deutsch, den Ermittlungsbehörden es schwerer zu machen, sie zu überführen. – Herzlichen Dank!

Präsidentin Birgit Hesse:

Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Constanze Oehlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Gerne.

Die Sachleitungsbefugnis, Herr Minister, der Staatsanwaltschaft ist mir sehr wohl bewusst. Es geht um das Verhalten der Polizeibeamt/-innen vor Ort. Und es ist halt so, dass ein Pressesprecher auf Presseanfrage geantwortet hat, ein politischer Angriff, ein politischer Hintergrund des Angriffs auf das Greifswalder Hausprojekt werde geprüft. Dabei scheint halt nun mal eine politische Motivation offenkundig nach Lage der Dinge, und deswegen hat sich einfach die Frage, stellt sich mir einfach die Frage, warum die Polizei den Angriff bisher nicht als politisch rechtsmotiviert eingestuft hat. Das haben Sie jetzt beantwortet. Es wird halt noch geprüft.

Dann vielleicht die Frage: Wie bewertet denn die Landesregierung insgesamt den Angriff und die Bedrohungslage in Greifswald?

*(Thore Stein, AfD:
Gegen welche Partei?)*

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie hatten eben gesagt, Sie hätten mich nach den Polizeibeamten und deren Handeln vor Ort gefragt. Ich hole mir gerne hinterher das Protokoll noch mal oder schaue mir das Protokoll an, was ja ein Wortprotokoll sein wird. Ich bin mir ziemlich sicher, Sie haben mich nach den Tatverdächtigen gefragt und deren bisherige Einschätzung unsererseits. Also die Polizeibeamten haben bisher keine Rolle gespielt. Aber in der Tat, ich hatte eben dargestellt, dass die Polizei richtiger-



Präsidentin Birgit Hesse

letzung zum Nachteil eines vor Ort in der Tat anwesenden Bewohners. Es geht um einen Anfangsverdacht.

Sie sprechen von „offenkundig rechts“. So weit sind die Kollegen noch nicht, richtigerweise. Wir stecken in Ermittlungen und die Kollegen schreiben mir extra auf, es gibt einen bestehenden Anfangsverdacht einer politischen Tatmotivation. Eine abschließende Prüfung der Tatmotivation wird erst bei Abschluss der Ermittlungen möglich sein. Zurzeit wird aber von einem Anfangsverdacht einer Tat, eines rechtsradikal motivierten Tatmotivs ausgegangen. Aber noch einmal: am Ende der Ermittlung wird stehen, weitergehende Hinweise zu Tatverdächtigen oder anderen Beteiligten, da bitte ich deutlich um Nachsicht, werde ich in einer öffentlichen Sitzung nicht geben können. Das könnte ich in der Deutlichkeit nicht einmal in einer nicht öffentlichen Sitzung des Innenausschusses.

Hier gilt, dass die Staatsanwaltschaft die oberste Herrschaft über dieses Verfahren haben muss, und zweitens, dass ich auch bei der Frage, wie groß irgendwelche Dinge sind und wo sie hingehören, achtgeben muss, dass mir nicht hinterher im Zweifel jemand vorwirft, ich hätte weitergehende Ermittlungen erschwert, weil wir Dinge kundig gemacht haben, die hinterher Beteiligten helfen, sich im Zweifel verdeckungsabsichtsmä-

Sachleitungsbefugnis richtigerweise bei der Staatsanwaltschaft, die im Zweifel entscheiden kann, welche Informationen man schon geben kann, ohne weitergehende Ermittlungen zu gefährden, und welche man besser momentan noch nicht äußert. Und zum Zweiten, es gilt die Unschuldsvermutung und wir stecken noch mitten in den Ermittlungen.

Ja, es sind durch die Kolleginnen und Kollegen am 1. Januar morgens gegen 04:00 Uhr nach entsprechenden Angriffen durch zwei vermummte Personen auf ein Gebäude in Greifswald in der Nahbereichsfahndung zwei Personen festgestellt worden. Es ist auch mögliches Tatmittel sichergestellt worden, das kriminaltechnisch derzeit noch ausgewertet wird. Es hat dann erste Befragungen vor Ort gegeben und hintendran entsprechende weitergehende Ermittlungen und Zeugenvernehmungen beziehungsweise Geschädigtenvernehmungen. Anfangsverdacht besteht zu einer versuchten gefährlichen Körperver-

weise nach dem ersten Eindruck, noch einmal, vom Anfangsverdacht, der eine politisch rechtsextremistische Motivation annimmt, aber zu Recht sagt, am Ende der Ermittlungen können zuweilen andere Dinge stehen, und deshalb genau darauf verweist, dass es sich um Vorläufigkeit handelt.

Zweitens. Sie sagen, wie ist die Sicherheitslage in Greifswald insgesamt. Wenn ich auf die Daten dort schaue, das, was ich kenne, was ich als Rückkopplungen aus den verschiedenen Bereichen bekomme, haben wir in der Tat durchaus auch Ruckeleien. Sie hatten sie beschrieben. Wir haben einen vermutlich rechtsextrem motivierten Angriff auf einen SPD-Wahlkampfstand, ich glaube, in der Bundestagswahlsituation letztes Jahr im Januar oder Februar, gehabt. Wir sehen auch, dass es durchaus Jugendliche gibt, genau wie im ganzen Land und in der ganzen Republik, die sich diesen rechtsextremen Strömungen, die leider sehr, sehr stark geworden sind in den letzten zwei/drei Jahren und über soziale Medien sehr schnelle Ausbreitung bei gewissen Bevölkerungs- und Altersgruppen erfahren, dass wir das auch in Greifswald haben.

Ich sehe aber nicht, dass wir momentan von einer deutlich über die bisherige Situation hinaus gesteigerten Gefahrenlage ausgehen würden, sondern wir stellen einfach fest, dass eine größere Stadt im Straftatengeschehen auch weiterhin immer turbulent bleibt. Und wir werden vermutlich auch in diesem Jahr im Rahmen des Landtagswahlkampfes wieder Zuspitzungen erleben.

Ich kann von meinem eigenen Wahlkreisbüro – ich bin ja, darf ja zweimal als direkt gewählter Abgeordneter Greifswald vertreten –, mein Wahlkreisbüro erlebt Angriffe aus beiden politisch extremen Bereichen, immer mal abhängig davon, welche Themen eine Rolle spielen, mit Schmierereien, Aufklebern und all den Dingen. Von daher sehen wir, dass unterschiedliche Gruppen aktiv sind. Aber wir unterschätzen mit



Innenminister Christian Pegel und Ann Christin von Allwörden, CDU

Foto: Uwe Sinnecker

Sicherheit nicht, dass es vor allen Dingen eine sehr junge Garde Rechtsextremer gibt, die da offenbar um sich greift, ohne dass ich aber die mit Ihrer Frage möglicherweise intendierte Grundvermutung, es sei explosionsartig, teilen würde. Dafür habe ich keine Signale des Verfassungsschutzes oder der Polizei. – Herzlichen Dank!

Ann Christin von Allwörden, CDU:

Auslegung des Versammlungsgesetzes

Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Herr Minister, mit dem neuen Absatz 5 in Paragraf 3 des Versammlungsgesetzes, der die örtliche Zuständigkeit der zuständigen Behörde regelt, kann das für Inneres zuständige Ministerium „die Aufgabe der nach dem Versammlungsgesetz zuständigen Behörde wahrnehmen, wenn die Durchführung mehrerer, in einem inhaltlichen Zusammenhang stehender Versammlungen in den Zuständigkeitsbereichen verschiedener Kreisordnungsbehörden eine einheitlich zu treffende Entscheidung erfordert oder wenn es sich aus Sicht des für Inneres zuständigen Ministeriums um eine Versammlung von besonderer Bedeutung handelt. In diesen Fällen ist die Erklärung des Benehmens durch die Kreisord-

nungsbehörden nicht erforderlich. „So mal der Einstieg, damit wir wissen, worüber wir reden.

Das Innenministerium hat mitgeteilt in der „Ostsee-Zeitung Wismarer Zeitung“ vom 19.01.2026: „Der Begriff ‚besondere Bedeutung‘ sei gewählt worden, um diese Regelung auch in Fällen anwenden zu können, die aus heutiger Sicht noch nicht vollkommen vorhergesehen werden können, für die aber ein Bedarf bzw. der Wunsch der Versammlungsbehörden nach einer Übernahme durch das für Inneres zuständige Ministerium besteht“. So wurde es gesagt.

Meine Frage ist:

Eröffnet die Auslegung eine Generalklausel für das Innenministerium, bei lediglich eigener Feststellung einer Versammlung von besonderer Bedeutung die Zuständigkeit an sich zu ziehen?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt müssen wir, glaube ich, aufpassen, dass wir keine hoch juristische Debatte führen, die für viele Nichtjuristen, da bin ich ja die Ausnahme, nicht sehr erfreulich ist.

Ich versuche mal, Folgendes zumindest vorweg – damit wir einordnen, wo wir uns jetzt bewegen – an die Hand zu geben. Es gibt Dinge, die

macht die kommunale Verwaltung wirklich als ihr eigenes. Wir nennen das eigener Wirkungskreis. Das sind deren Aufgaben. Da gucken wir als Land nur drauf, ist das Recht im rechtlichen Rahmen des Zulässigen, und wenn es im rechtlichen Rahmen ist, dürfen alle Entscheidungen selbst getroffen werden.

Und daneben gibt es Aufgaben, die eigentlich originär beim Land liegen. Dazu gehört zum Beispiel Versammlungsrecht. Da wir aber mit unseren Landesbehörden gar nicht ausreichend in der Fläche vertreten sind, nimmt man sich jetzt also die Kreisverwaltungen quasi als untere Landesbehörden und bittet den Landrat mit seinen Beamten, als untere Landesbehörde tätig zu werden. Das ist die Überlegung dahinter.

Das geschieht im Versammlungsrecht. Dadurch hat das Innenministerium nicht nur einen rechtlichen Rahmen zu überprüfen, sondern kann auch fachlich in jeder Hinsicht jederzeit Weisung erteilen. Das ist schon vor dieser Änderung so, nennt sich oberste Versammlungsbehörde, die ist das Innenministerium, untere Versammlungsbehörden, das sind die jeweiligen Landräte beziehungsweise die Oberbürgermeister. In jedem Einzelfall wäre es, weil es eben nicht nur eine Rechtsaufsicht, sondern eine Fachaufsicht ist – die auch bis in die Zweckmäßigkeitserwägungen gehen darf, wir dürfen also sagen, wir hätten gern eine per se andere Behandlung von Demonstrationen als die, die ihr vornehmt –, könnte es eine Weisung geben.

Natürlich kann auch das Innenministerium nichts Rechtswidriges anweisen, aber es ist schon heute so, dass sie dem Grunde nach wie in einer eigenen Landesbehörde sehr konkrete Vorgaben machen können. Ich kann aber keine Bescheide und ich kann vor allen Dingen nach außen keine rechtswirksamen Aktivitäten entfalten, solange ich – so ist der Rechtsstaat, eigentlich eine gute Einrichtung – in einer Verordnung festgelegt habe, dass die

oberste Versammlungsbehörde selbst überhaupt keine Demonstrationen begleiten, sondern es immer die Behörden tun.

Und dann hatten wir, ich glaube, letztes Jahr oder vorletztes Jahr, vorletztes Jahr, glaube ich, die sogenannten Bauernproteste gleich zu Beginn des Januars. Wir haben eine Situation gehabt, wo in ganz vielen Landkreisen entlang der Autobahnen gleiche Demonstrations- oder Versammlungslagen, das ist der richtige rechtstechnische Begriff, stattfinden sollten und jetzt alle Behörden einzelne Demonstrationen bearbeiten vornehmen mussten. Da haben wir als Ministerium einen Riesenaufwand gehabt – da waren alle einverstanden –, wir haben koordiniert, wir haben auch mit den Anmeldern gesprochen, aber alles immer in dem halbseitigen Bereich, wir koordinieren für die, die eigentlich zuständig sind.

Das war der Grund in der Tat, die Verordnung anzufassen und zu sagen, für Lagen, wo erkennbar nicht nur kleinräumig was betroffen ist, wollen wir uns im Zweifel auch als Behörde selber den Hut aufsetzen können. Und dann verhandeln wir und machen auch den Bescheid und müssen nicht über die anderen spielen und denen Weisungen geben, sondern wenn wir die entsprechende Koordinierung vornehmen, machen wir auch den Bescheid. Und das ist der Hintergrund, sowohl bei Lagen, die erkennbar mehrere Beteiligte betreffen, können aber auch Lagen sein, die besondere Brisanz haben, die besonders nach außen hervorstechen, wo entweder die Versammlungsbehörde des Kreises sagt, könnt ihr bitte übernehmen, oder aber unser Eindruck entsteht.

Da Sie einen Begriff haben, der Ermessensausübung erfordert, und die ist immer rechtlich überprüfbar, da eine besondere Lage erforderlich ist, wird es immer eine besondere Begründungserfordernis des Ministeriums geben. Aber ja, wir eröffnen damit für besondere Lagen. Eine war zu Beginn dieses Jahres



Ann Christin von Allwörden, CDU

Foto: Uwe Sinnecker

erneut. Wir hatten wieder kleinere Formen von Bauernprotesten. Da hat es sich sehr bewährt, dass wir direkt den Bescheid machen, dass wir direkt bearbeiten. Und wir hatten ein paar Tage später eine Situation, wo Richtung polnische Grenze zumindest Demonstrationen stattfinden sollten, die möglicherweise zu Blockaden des Grenzverkehrs geführt hätten. Das hat der Landkreis ohne uns gemacht richtigerweise. Wir haben beraten. Aber wenn er in der Situation gesagt hätte, jetzt wird es außenpolitisch, übernehmt bitte, hätten wir es damit gekonnt. Bislang hätten wir selbst keine Bescheide in dem Bereich machen können.

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!
Frau Abgeordnete, möchten Sie eine Nachfrage stellen?

Ann Christin von Allwörden, CDU:

Ja, sehr gern.

Soweit ich das verstanden habe, haben Sie es aber jetzt so geändert, dass es nicht nur darum geht, dass es an verschiedenen Orten stattfindet, weil jetzt ja nicht die Formulierung „an verschiedenen Orten und von besonderer Bedeutung“, sondern es ist „oder von besonderer Bedeutung“. Das heißt, es wäre auch möglich, eine Veranstaltung wie zum Beispiel „Jamel rockt den Förster“, weil ja nicht zwei Kriterien erfüllt sein müssen, sondern auch nur eins, dass auch da die Möglichkeit besteht, dass Sie das an sich ziehen können.

Und die Frage ist dann: Wäre „Jamel rockt den Förster“ denn aus Sicht des Innenministeriums eine besondere, wie war das jetzt, eine besondere, eine Versammlung von besonderer



Minister Christian Pegel

Bedeutung?

Minister Christian Pegel:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! In der Tat sind das zwei unterschiedliche Konstellationen. Das habe ich eben auch deutlich gesagt. Ich habe Ihnen nämlich deshalb das Beispiel der polnischen Grenze genannt. Da geht es nur um einen Landkreis, der betroffen ist. Also da gibt es überhaupt kein Problem von über Landkreisgrenzen hinausgehender Demonstrationssituation. Aber ich habe auf einmal eine Situation, wo ich im Zweifel vielleicht sogar mit dem Auswärtigen Amt sprechen muss, wenn es dazu käme, dass Grenzkontrollen behindert werden. Ich muss möglicherweise mit dem Bundesinnenministerium oder dem Bundesfinanzministerium reden, wenn der Zoll betroffen ist. Und das wäre, wenn es gemeinsam gewollt ist, eine besondere Situation.

Und jede Demonstrationssituation im Land kann so eine Besonderheit erfüllen, wenn es, noch einmal, ein besonderes Gefahrenpotenzial gibt, eine besondere Situation, dass Bundesbehörden massiv eingebunden werden müssen. Sie werden kein abstrakt einzelnes Merkmal haben und sagen, diese Versammlung ist es immer, sondern Sie haben die Möglichkeit bei Dingen, die besonders herausgehoben sind, die also nicht der durchschnittlichen Demonstrationssituation entsprechen, genauso, wie Sie es im Übrigen in Dutzenden anderen Gesetzen auch haben. Der Begriff der „besonderen Lage“ ist jetzt kein völlig außerordentlicher auslegungsbedürftiger Rechtsbegriff, den es in vielen Bereichen gibt. Die Möglichkeit besteht dann, wenn eine Versamm-



Minister Dr. Heiko Geue

Fotoss: Uwe Sinnecker

lungslage das erfordert.

Und da gibt es keinen Ausschluss von einzelnen Versammlungen und es gibt auch keine Versammlung, die automatisch darunterfällt, sondern ich brauche die Voraussetzung einer besonderen Lage.

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!

Ich rufe jetzt auf den Geschäfts...

Ann Christin von Allwörden, CDU:

Ich habe eigentlich explizit eine ganz andere Frage gestellt.

Präsidentin Birgit Hesse:

Es tut mir leid, wir bewerten nicht die Antwort der Fragen beziehungsweise ich bewerte nicht die Antwort auf die Frage des Ministers.

Ann Christin von Allwörden, CDU:

Dann kann ich auch nach dem Wetter fragen.

René Domke, FDP:

Vermögen des Landes MV

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Minister! Guten Morgen! Die Landesregierung hat auf beide meiner Kleinen Anfragen zur Vermögensrechnung des Landes eingeräumt, dass die Fragen zur stichtagsbezogenen Bewertung von Vermögen – also in Klammern Bilanzpositionen, die wir nicht haben – schlichtweg nicht beantwortbar sind. Das heißt im Klartext, die Landesregierung kann dem Parlament nicht sagen, über welches Vermögen das Land zum 31.12.24 verfügte und welche insbesondere impliziten Verbindlichkeiten bestanden haben.

Es wurde darauf hingewiesen, dass es konzeptionelle Vorarbeiten geben soll für eine Vermögensrechnung. Die sollen aber erst nach der geplanten Umstellung des Aktivverfahrens zum 01.01.27 beginnen. Ich will mal betonen, 36 Jahre nach Gründung des Landes fehlt uns nach wie vor eine solche Vermögensrechnung.

Meine konkrete Frage, Herr Minister: Können Sie konkret darlegen, welche Schritte und Meilensteine für die Erstellung der Vermögensübersicht jetzt vorgesehen sind und wie dann sichergestellt wird, dass dem Landtag – immerhin gibt es ja Kontrollrechte und Auskunftsrechte der Abgeordne-



René Domke, Gruppe der FDP

Fotoss: Uwe Sinnecker

ten und natürlich auch Anforderungen des Haushaltsgrundsatzgesetzes –, also welche Schritte werden Sie jetzt konkret einleiten, um das sicherzustellen, dass es dann nach 27 relativ schnell eine Vermögensrechnung geben kann?

Minister Dr. Heiko Geue:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Dass wir wissen, über welches Vermögen wir verfügen, das ist sehr wichtig, das können Sie aber auch entnehmen dem Vermögensbericht, den Sie ja mit der Rechnungslegung auch bekommen haben zuletzt für das Haushaltsjahr 2024.

Das, was Sie zu Recht fragen, ist ja die Frage letztendlich auch nach Vermögensveränderungen, Schuldenveränderungen, Ressourcenverbrauch. Also diese zusätzlichen wichtigen Daten, die aus meiner Sicht auch wichtig sind, das ist ja letztendlich die Grundentscheidung, geht man in Richtung einer Doppik oder geht man in Richtung einer erweiterten Kameralistik. Das Land hat bisher eben den kameralen Ansatz, alles, was damit verbunden ist.

Sie haben jetzt gesagt, nach 36 Jahren – ich bin noch nicht ganz so lange verantwortlich. In der Zeit, in der ich jetzt verantwortlicher Finanzminister bin, muss ich Ihnen

ehrlich sagen, das sind für uns wichtige Themen, die wir gerne auch weitergeführt hätten und schneller gemacht hätten. Angesichts der ständigen Krisen, Herausforderungen, die zu bewältigen waren, mussten wir das ein bisschen hintenanstellen, vor allen Dingen, ganz zentral, weil wir prioritär gesagt haben, wir brauchen das IT-Rechenverfahren, Kassenrechnungsverfahren, Haushaltsverfahren – sehen Sie auch so. Sie wissen, dass wir da Schwierigkeiten hatten. Wir sind aber ja bei der Implementierung jetzt dabei, deswegen ist für uns ab dem 01.01.27 das ein wichtiges Thema, erweiterte Kameralistik.

Ich weiß, Sie würden lieber in Richtung Doppik gehen, aber noch mal, das sind ... Gerade auch die herauszufinden, welche Vermögenswerte in der Bewertung da sind, das ist nicht so einfach, weil es für manche Vermögenswerte auch keinen Markt gibt. Also es muss dann auch entsprechend noch mal tiefer gegraben werden, beurteilt werden. Das ist ein erheblicher Aufwand, den wollen wir aber ab 27 angehen, dass wir das dann auch im Laufe der nächsten Legislaturperiode umgesetzt bekommen. Dann hätte der Landtag schon mal deutlich weitergehende Informationen – das, was Sie sich ja wünschen. Wie gesagt, klares Ziel, ab dem 01.01.27.



René Domke, FDP und Minister Dr. Heiko Geue

Präsidentin Birgit Hesse:

Vielen Dank, Herr Minister!

Herr Abgeordneter, möchten Sie noch eine Nachfrage stellen?

René Domke, FDP:

Ja, danke, Frau Präsidentin! Danke auch, Herr Minister!

In der Tat, mir geht es mehr um den Ressourcenverbrauch, um einfach wegzukommen davon, dass wir nach 40 Jahren ganz überrascht sind, dass eine Brücke mal wieder zu machen ist oder sonst irgendwas, etwas planmäßiges Handeln.

Mit welchen personellen und sachlichen Ressourcen werden Sie denn diesen Prozess unterstützen? Was wird da gebunden an Personal und auch an sachlichen Ressourcen?

Minister Dr. Heiko Geue:

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, wir haben dann die Haushaltsabteilung, die dafür schwerpunktmäßig die Umsetzung machen wird. Da sind wir in der Planung. Ich kann Ihnen jetzt keine konkreten Mannstunden sozusagen sagen, aber das wird in der Prioritätenliste nach oben gezogen und entsprechend sich dann darum gekümmert.

Laufende Gesetzgebung

Stand: 2. Februar 2026

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/5404	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und weiteren Gesundheitsrechts	Sozialausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5405	Landesregierung	Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Sicherheits- und Ordnungsgesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5416	Landesregierung	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Landesverfassungsschutzgesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5418	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Gestaltung einer klimaverträglichen Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern und zur Änderung anderer Gesetze	Agrarausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5419	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Schaffung von Verfahrenserleichterungen im Kommunalprüferecht und im Kommunalverfassungsrecht	Innenausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5420	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landes- und Kommunalwahlgesetzes und anderer Vorschriften	–	1. Lesung: 12.11.2025 Ablehnung der Überweisung
8/5436	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Beteiligung der Gemeinden sowie deren Einwohnerinnen und Einwohnern an den Erlösen des Windenergie- und Solaranlagenbaus in Mecklenburg-Vorpommern	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 12.11.2025 in Beratung
8/5680	Landesregierung	Entwurf eines Vierten Gesetzes zur Anpassung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern	Innenausschuss	1. Lesung: 11.12.2025 in Beratung
8/5681	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern und des Architekten- und Ingenieurgesetzes	Innenausschuss	1. Lesung: 11.12.2025 in Beratung
8/5682	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung und Förderung der Informationssicherheit im Land Mecklenburg-Vorpommern	Finanzausschuss	1. Lesung: 11.12.2025 in Beratung
8/6161	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes über das Katastrophenschutz-Ehrenzeichen in Mecklenburg-Vorpommern (Katastrophenschutz-Ehrenzeichen-Gesetz – KatSEzG M-V)	Innenausschuss	1. Lesung: 28.01.2026 in Beratung
8/6162	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Durchführung der Verordnung über den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ-Haftungsbeschränkungsgesetz – EVTZHaftbG)	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 28.01.2026 in Beratung
8/6163	Landesregierung	Entwurf eines Siebten Gesetzes zur Änderung des Landes-hochschulgesetzes	Wissenschafts- u. Europaausschuss	1. Lesung: 28.01.2026 in Beratung

Drs.-Nr.	Initiator	Gesetz	Federführender Ausschuss	Beratungsverlauf
8/6164	Landesregierung	Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Kurortgesetzes	Wirtschaftsausschuss	1. Lesung: 28.01.2026 in Beratung
8/6166	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	Entwurf eines Gesetzes über die dialogische Beteiligung der Öffentlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern (Öffentlichkeits-beteiligungsgesetz – ÖbeG M-V)	–	1. Lesung: 28.01.2026 Ablehnung der Überweisung
8/6169	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vollzugsgesetze in Mecklenburg-Vorpommern	Rechtsausschuss	1. Lesung: 28.01.2026 in Beratung
8/6170	Landesregierung	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Zweckent-fremdungsrechts	Innenausschuss	1. Lesung: 28.01.2026 in Beratung

Abgeschlossene Gesetzgebung

Im Plenum am 28. Januar 2026 entschieden | Stand: 2. Februar 2026

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
8/5092	Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Landeswasserrechts	Landesregierung	1. Lesung: 16.07.2025 2. Lesung: 28.01.2026	Annahme
8/5314	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesbeamten-gesetzes, des Landesdisziplinalgesetzes und des Landesbesoldungsgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 08.10.2025 2. Lesung: 28.01.2026	Annahme
8/5315	Entwurf eines Mediengesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern (Mediengesetz – MedienG M-V)	Landesregierung	1. Lesung: 08.10.2025 2. Lesung: 28.01.2026	Annahme
8/5316	Entwurf eines Achten Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes	Landesregierung	1. Lesung: 08.10.2025 2. Lesung: 28.01.2026	Annahme
8/5318	Entwurf eines Gesetzes zur Begegnung der medizinischen Unterversorgung oder drohenden Unterversorgung in ländlichen oder strukturschwachen Regionen im Land Mecklenburg-Vorpommern	Landesregierung	1. Lesung: 08.10.2025 2. Lesung: 28.01.2026	Annahme
8/5334	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Tarifreue- und Vergabegesetzes Mecklenburg-Vorpommern	CDU	1. Lesung: 08.10.2025 2. Lesung: 28.01.2026	Ablehnung
8/5417	Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Ausführungsgesetzes zum Tiergesundheitsgesetz	Landesregierung	1. Lesung: 12.11.2025 2. Lesung: 28.01.2026	Annahme

Gutachten vorgestellt

Zur Situation von Kindern und jungen Menschen in MV

■ Am 23. Januar 2026 hat die 51. Sitzung der Enquete-Kommission Jung sein in MV mit einer Gutachtenvorstellung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) e.V. von Prof. Dr. Karin Böllert und Professor Dr. Jens Pothmann und zwei Expert:innengesprächen stattgefunden. Diese Beiträge waren die letzten inhaltlichen Impulse für die Enquete-Kommission, bevor nun der Schlussprotokoll in Richtung Abschlussbericht ansteht. Die wichtigsten Aussagen und Erkenntnisse der Gutachtenvorstellung von Professorin Dr. Katharina Spieß, Direktorin des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, und Professor Dr. Aladin El-Mafaalani, Professor für Migrations- und Bildungssoziologie an der Technischen Universität Dortmund, sind hier zusammengefasst:



Foto: © Landtag MV

DJI Gutachten

- MV hat trotz negativem demographischem Trend eine beachtliche Zuwanderung in der Altersgruppe 0 bis 39 Jahre
 - Kinder- und jugendgerechte Infrastruktur kann ein Attraktivitätsmoment für MV sein
 - In MV lebt jeder 6. Mensch in Armut, besondere Armutserfahrungen erleben insbesondere Kinder. Kürzungen am Sozialstaat treffen Menschen in MV besonders
 - Jugendhilfe und Schule passen bisher nicht zusammen, müssen aber zusammen gedacht werden
 - MV kann kinderfreundlichstes Bundesland werden, wenn Investitionen trotz Geburtenrückgang nicht zurückgefahren werden, sondern für die Qualität von Betreuung und Kinder- und Jugendhilfe genutzt werden
 - Familienzentren als wichtiges Konzept, Kindertageseinrichtungen/ Grundschulen werden dabei zu Zentren für Familienbildung
 - Investition in frühkindliche Bildung zahlt sich aus, vor allem bei armutsgefährdeten/ benachteiligten Familien
 - Keine Förderpolitik mit „der Gießkanne“, sondern gezielt, wo sie gebraucht wird,
 - Jugend ist in einer Minderheitsposition
 - Kinder treffen auf eine Stimmung der Hoffungslosigkeit, brauchen aber ein Klima der Zuversicht
 - Jungen und Mädchen entwickeln sich unterschiedlich. Junge Frauen werden tendenziell moderner, Junge Männer wenden sich konservativen Werten zu
 - Kinderrechte nicht normativ, sondern funktional denken. Sie sind Notwendigkeit in einer alternden Gesellschaft
 - Gefahren der Digitalisierung erkennen und mit attraktiven analogen Angeboten gegensteuern
- Allen war wichtig:
- Es sind mehr Daten erforderlich, u.a. werden vorgeschlagen: Ein Bildungsverlaufsregister, Befragungen der Kinder und Jugendlichen und ein Kinder- und Jugendbericht
 - Mehr Räume zur selbstbestimmten Nutzung, dritte Orte zur sozialen Begegnung notwendig
 - Mehr echte Partizipation

Besuch in Brüssel

Gemeinsame Unterrichtungsfahrt des Rechtsausschusses und des Agrarausschusses

■ Vom 4. bis 6. März 2026 haben der Rechtsausschuss und der Agrarausschuss des Landtages eine gemeinsame Unterrichtungsfahrt nach Brüssel unternommen. Im Rahmen dieser Fahrt wurden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der europäischen Institutionen geführt. Zudem wurden Informationen über die strategischen politischen Prioritäten der EU in den jeweiligen Fachbereichen eingeholt.

Von besonderer Bedeutung waren dabei die aktuellen Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für den Zeitraum 2028–2034, der im vergangenen Jahr von der Europäischen Kommission vorgeschlagen wurde und fast 2 Billionen Euro umfasst. Zu Beginn fand daher ein Gespräch mit der Direktorin für Einnahmen und MFR in der Generaldirektion Haushalt, Christiane Canenbley, statt. Zudem trafen sich die Ausschussmitglieder mit dem Berichtersteller für die gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und Schattenberichtersteller für die Verordnung über den Nationalen-Re-



Die Mitglieder des Rechts- und des Agrarausschusses während ihres Besuchs in Brüssel. Foto: Landtag MV

gionalen-Partnerschaftsplan (NRPP-VO), MdEP Norbert Lins, um einen parlamentarischen Blick in die Haushaltsverhandlungen zu gewinnen.

Für den Rechtsausschuss hatten Fragen der Rechtsstaatlichkeit und des Verbrau-

cherschutzes höchste Priorität. Im Agrarausschuss lag der Fokus auf der zukünftigen Gestaltung der GAP ab 2028. Hierzu hielt Kathrin-Maria Rudolf, Stellvertretende Bereichsleiterin in der Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, einen Vortrag.

Sitzung des Sozialausschusses

Öffentliche Anhörung zur Änderung des Heilberufsgesetzes in MV

■ Am Mittwoch, den 21. Januar 2026, führte der Sozialausschuss eine öffentliche Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Heilberufsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern und weiteren Gesundheitsrechts durch.

Der Ausschuss hat dazu fünfzehn Sachverständige eingeladen und um eine Stellungnahme gebeten. Besucherinnen und Besucher konnten der Anhörung beiwohnen.

Darum geht es bei dem Gesetzesvorhaben:

Mit dem Entwurf eines Heilberufsgesetzes soll die Gesetzgebung in Mecklenburg-Vorpommern auf geänderte Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel die Krankenhausreform auf Bundesebene angepasst werden.

Ebenso sollen bisherige Regelungen, die in der Praxisanwendung nicht überzeugen konnten, eine Anpassung erfahren.

Daneben werden weitere gesundheitsrechtliche Vorschriften, wie beispielsweise das Bestattungsgesetz, das Rettungsdienstgesetz, das Infektionsschutzausführungsgesetz oder auch das Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst punktuell geändert, um einer geänderten Sach- und Rechtslage entsprechen zu können.

Sitzung des Ständigen Ausschusses in Brüssel



Sicherheit, Zusammenarbeit und Jugendbeteiligung im Fokus



Beate Schlupp (Mitte, 1. Vizepräsidentin des Landtages MV) und Carola Veit (rechts, Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft) im Gespräch.

Vom 1. bis 3. März 2026 hat die Erste Vizepräsidentin, Beate Schlupp, den Landtag Mecklenburg-Vorpommern bei der Sitzung des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC) im Europäischen Parlament in Brüssel vertreten. Zu Beginn des traditionellen Austauschs mit Vertreterinnen und Vertretern europäischer und internationaler Institutionen fand am Montag ein gemeinsames Frühstück mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf Einladung des Vorsitzenden des Haushaltskontrollausschusses statt; gefolgt von einem Treffen mit dem deutschen Botschafter Martin Schäfer.

Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses haben sich unter der Leitung der aktuellen BSPC-Vorsitzenden und Präsidentin des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Kristina Herbst, inhaltlich mit der geopolitischen Situation im Ostseeraum auseinandergesetzt. Dabei standen die Entwicklungen in der Arktis und rund um Grönland im Mittelpunkt. Themen waren auch: die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU und zu seinen Auswirkungen auf die Ostseeregion sowie über den Ausbau der Jugendbeteiligung im Rahmen der BSPC.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Sitzung des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) im Europäischen Parlament.

Um die Koordinierung und die politische Zusammenarbeit zwischen der Ostseeparlamentarierkonferenz und dem Ostseerat (Council of the Baltic Sea States, CBSS) zu stärken hat der Generaldirektor des CBSS Gustav Lindström den Ständigen Ausschuss über die jüngsten Entwicklungen innerhalb des CBSS sowie über die laufenden Reformprozesse und Prioritäten informiert. Ein besonderes Augenmerk lag dabei auf der strategische Koordinierung zwischen dem CBSS und der BSPC, einschließlich der Komplementarität zwischen Parlament und Regierung im Ostseeraum.

Ein wichtiger Aspekt der praktischen Kooperation zwischen der BSPC und dem CBSS ist die weitere Vertiefung der Jugendbeteiligung. Die Referentin für Jugendpolitik beim CBSS, Aline Mayr, stellte daher die bestehenden Strukturen der Jugendzusammenarbeit im Ostseeraum vor.

Die Ostseeparlamentarierkonferenz verbindet Parlamente aus der gesamten Ostseeregion und stärkt den politischen Dialog über Ländergrenzen hinweg. Die nächste Jahrestagung der BSPC findet vom 30. August bis 1. September in Lübeck statt.

TAG DER OFFENEN TÜR

LANDTAG MECKLENBURG-VORPOMMERN
IM SCHWERINER SCHLOSS



EINTRITT
FREI

WIR SIND
WELTERBE



WWW.LANDTAG-MV.DE

Wo: Schweriner Schloss
(Lennéstraße 1, 19053 Schwerin)

- * Besondere Räume des Schlosses besichtigen
- * Arbeit des Parlaments kennenlernen
- * mit Abgeordneten diskutieren
- * Schlossmuseum & Schlosskirche erleben
- * Unterhaltung für die ganze Familie
- * für das leibliche Wohl ist gesorgt

www.landtag-mv.de/mitmachen

14. Juni 2026

von 10:00 Uhr bis 16:30 Uhr



Foto: Udo Tanske

„Stimmen des Holocaust“

Gedenkkonzert im Landtag Mecklenburg-Vorpommern



Fotos: Danny Gohlke

Landtagspräsidentin Birgit Hesse



Im Rahmen der Gedenkstunde wurde mit einer Schweigeminute der Opfer des Nationalsozialismus gedacht.

■ Anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus hat der Landtag Mecklenburg-Vorpommern am 27. Januar zu einem Gedenkkonzert mit dem Titel „Stimmen des Holocaust“ in den Plenarsaal des Schweriner Schlosses eingeladen.

Eröffnet wurde der Abend von Landtagspräsidentin Birgit Hesse:

„Wir sind zusammengekommen, um inezuhalten. Um zu erinnern. Um den Opfern des Nationalsozialismus ihre Namen, ihre Würde und ihren Platz in unserer gemeinsamen Geschichte zurückzugeben. Denn die Verbrechen des Nationalsozialismus sind keine abstrakten Zahlen. Sechs Millionen ermordete Jüdinnen und Juden. Hunderttausende Sinti und



Prof. Dr. Sigrid Jacobeit (ehemalige Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück)

Roma. Politisch Verfolgte, Homosexuelle, Menschen mit Behinderungen, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Zeugen Jehovas, Andersdenkende. Millionen Menschen. Millionen Leben. Millionen Stimmen - die verstummt sind.“ Anschließend richtete Prof. Dr. Sigrid Jacobeit, ehemalige Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, ein Grußwort an die Anwesenden.



Die Schülerinnen Joana Buchholz und Lucy Vetting trugen gemeinsam mit Lucie Lengardt eindringlich die Texte der Zeitzeugen vor.

Musikalisch umfasste das Programm eine Auswahl aus dem Liederzyklus „*Stimmen des Holocaust*“, der auf Lebensgeschichten von Überlebenden basiert, die Dr. Martha und Dr. Haakon Smith während ihrer Studienzeit in New York erfahren haben. In Ihrer damaligen New Yorker Nachbarschaft freundeten sich die Smiths mit Ho-



v.l.n.r. Kristina Kühnbaum-Schmidt (Landesbischöfin Evangelisch-Lutherische Kirche); Prof. Dr. Sigrid Jacobeit (ehemalige Leiterin der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück); Cloi Sugano (Sopranistin); Edrian Esmena (Tenor); Dr. Martha Smith (künstlerische Leiterin); Birgit Hesse (Landtagspräsidentin); Manuela Schwesig (Ministerpräsidentin); Dr. Haakon Smith (Pianist), Elke-Annette Schmidt (2. Vizepräsidentin des Landtages)

locaust-Überlebenden an, die ihnen ihre persönlichen Geschichten anvertrauten. Aus den Erinnerungen an Buchenwald, Auschwitz und Theresienstadt entstand der Liederzyklus „Stimmen des Holocaust“, der den Mittelpunkt der Gedenkveranstaltung bildete.

Musikalisch gestalteten die norwegischen Künstler Dr. Haakon Smith und Dr. Martha Smith, die Sopranistin Cloi Sugano und der Tenor Edrian Esmena das Gedenkonzert. Ergänzt wurde das Programm durch Beiträge von Schülerinnen aus Malchow.



Die Sopranistin Cloi Sugano und der Tenor Edrian Esmena gestalteten den Liederzyklus mit kraftvoller Intensität.



Dr. Haakon Smith (Pianist) begleitete den Tenor Edrian Esmena.

Fotos: Danny Gohlke

Hintergrund

Der 27. Januar ist in Deutschland der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus. Er erinnert an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau im Jahr 1945

2. Jugendtag im Landtag MV

Am 28. Februar begrüßte Landtagspräsidentin Birgit Hesse rund 30 Jugendliche zum 2. Jugendtag im Schweriner Schloss.

Vor allem Mitglieder der Jugendfeuerwehren aus ganz Mecklenburg-Vorpommern nutzten die Gelegenheit, den Landtag aus nächster Nähe kennenzulernen.

Im Plenarsaal startete der Tag mit einem parlamentarischen Programm, bevor es in den direkten Austausch mit der Landtagspräsidentin ging. Besonders lebendig wurde es bei einem spontanen Debattenspiel zum Thema „Smartphoneverbot in der Schule“:



Landtagspräsidentin Birgit Hesse mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des zweiten Jugendtages im Plenarsaal des Landtags MV.

Pro- und Contra-Argumente wurden leidenschaftlich ausgetauscht – ganz im Sinne demokratischer Streitkultur. Eine Schlossführung und ein gemeinsames Mittagessen im Café Niklot rundeten den Tag ab. Ein gelungener Austausch in der Herzkammer der Demokratie!

Teilgenommen haben Jugendliche folgender Jugendfeuerwehren: Reddelich, Güstrow, Waren, Dassow, Selmsdorf, Seedorf, Stove, Lübtheen, Stralsund, Altfähr, Schwerin Schlossgarten, Rostock Groß Klein, Liepgarten, Waren, Güstrow, Freiwillige Feuerwehr Eichhof

Europakonferenz

der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten in Luxemburg

Copyright_Chambre_des_Da9putA9s



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Europakonferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente.

Die 1. Vizepräsidentin des Landtages M-V, Beate Schlupp, hat am 18. und 19. Januar 2026 an der Europakonferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente (E-LPK) in Luxemburg teilgenommen. Begleitet wurde sie von Kathrin Herrmann, der stellvertretenden Di-

rektorin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern.

Zum Auftakt tauschten sich die Präsidentinnen und Präsidenten am Vorabend mit dem früheren Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, über die Zukunft der EU aus. Die nichtöffentliche Sitzung am 19. Januar



Beate Schlupp (1. Vize-Präsidentin des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern)

find erstmals in der Chambre des Députés statt und wurde von Heike Winzent (Landtag Saarland) und Harald Sonderegger (Landtag Vorarlberg) geleitet. Im Fokus standen die Herausforderungen der EU, die Zukunft der freiheitlichen Demokratie sowie Fragen zu autokratischen Entwicklungen und zum Zusammenhalt Europas – auch mit Blick auf Grenzräume und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Hintergrund

Die Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten der deutschsprachigen Parlamente kommen zweimal jährlich zusammen; das erste Treffen des Jahres findet im erweiterten Europaformat statt.

Bienen wieder auf dem Schloss-Dach

Schlosshonig 2025 von besonders hoher Qualität

Nach zwei Jahren Pause wird im Frühjahr 2026 wieder ein Bienen-Volk auf das Schlossdach ziehen. Der Bienenstock an präserter Stelle soll, gut sichtbar für die Besucherinnen und Besucher des Schlosses, auf das anhaltende Insektensterben aufmerksam machen. Nachdem die Bautätigkeiten an der Prunkkuppel abgeschlossen sind, können die Bienen nun wieder an dieser angestammten Stelle leben. An dem bisherigen Interims-Standort, dem Tee-Pavillon auf der Nordbastion, werden zusätzlich drei weitere Völker ihre Bienenstöcke beziehen.

Im vergangenen Jahr 2025 lebten auf der Nordbastion zwei Bienenvölker, deren



Imker Stefan Dietrich kümmert sich um den Bienenschwarm auf dem Schlossdach.

Ernte trotz des trockenen Frühjahrs mit 25 kg Jahrestracht durchaus beachtlich war, so dass 85 Honiggläser gewonnen werden konnten. Diese werden bei besonderen Anlässen durch den Landtag Mecklenburg-Vorpommern verschenkt. Besonders zu erwähnen ist die hohe Qualität des Schlosshonigs. Dank der traditionellen Verarbeitung mittels Schleudern und Pressen gelangen die zahlreichen gesunden Bestandteile wie beispielsweise Propolis in den Honig. Die




Im Juni 2025 verließen die Bienen ihren Bienenstock und schwärmten.

mikroskopische Untersuchung der Pollen ergab, dass Raps-Type mit 45,5% wie im Vorjahr dominiert. Weitere enthaltene Pollen sind Linde (23,4%), Edelkastanie (9%), Rosengewächse (8,6%), Ahorn 3,1%, Weißklee (3,1%) sowie Efeugewächse, Kornblume, Kreuzblütler, Heckenkirche/Geissblätter, Holunder, Wicken-Typ/Ackerbohne und viele mehr. Mit über 23 verschiedenen Pollenarten war die Jahrestracht erneut sehr vielfältig.

Fotos:

Zeitplan des Landtages Mecklenburg-Vorpommern 2026

Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
1 Do Neujahr	1 So	1 So	1 Mi	1 Fr Tag der Arbeit	1 Mo	1 Mi	1 Sa	1 Di Weltfriedenstag	1 Do	1 So Allerheiligen	1 Di
2 Fr	2 Mo	2 Mo	2 Do Gründonnerstag	2 Sa	2 Di	2 Do	2 So	2 Mi	2 Fr	2 Mo Alexander	2 Mi
3 Sa	3 Di	3 Di	3 Fr Karfreitag	3 So	3 Mi	3 Fr	3 Mo	3 Do	3 Sa Tag der Deutschen Einheit	3 Di	3 Do
4 So	4 Mi	4 Mi	4 Sa	4 Mo	4 Do	4 Sa	4 Di	4 Fr	4 So	4 Mi	4 Fr
5 Mo	5 Do	5 Do	5 So	5 Di	5 Fr	5 So	5 Mi	5 Sa	5 Mo	5 Do	5 Sa
6 Di Heilige Drei Könige	6 Fr	6 Fr	6 Mo	6 Mi	6 Sa	6 Mo	6 Do	6 So	6 Di	6 Fr	6 So 2. Advent
7 Mi	7 Sa	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr	7 Mo	7 Mi	7 Sa	7 Mo
8 Do	8 So	8 So	8 Mi	8 Fr	8 Mo	8 Mi	8 Sa	8 Di	8 Do	8 So	8 Di
9 Fr	9 Mo	9 Mo	9 Do	9 Sa	9 Di	9 Do	9 So	9 Mi	9 Fr	9 Mo	9 Mi
10 Sa	10 Di	10 Di	10 Fr	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Mo	10 Do	10 Sa	10 Di	10 Do
11 So	11 Mi	11 Mi	11 Sa	11 Mo	11 Do	11 Sa	11 Do	11 Fr	11 So	11 Mi	11 Fr
12 Mo	12 Do	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi	12 Sa	12 Mo	12 Do	12 Sa
13 Di	13 Fr	13 Fr	13 Mo	13 Mi	13 Sa	13 Mo	13 Do	13 So	13 Di	13 Fr	13 So 3. Advent
14 Mi	14 Sa	14 Sa	14 Di	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr	14 Mo	14 Mi	14 Sa	14 Mo
15 Do	15 So	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo	15 Mi	15 Do	15 Di	15 Do	15 So	15 Di
16 Fr	16 Mo	16 Mo	16 Do	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So	16 Mi	16 Fr	16 Mo	16 Mi
17 Sa	17 Di	17 Di	17 Fr	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo	17 Do	17 Sa	17 Di	17 Do
18 So	18 Mi	18 Mi	18 Sa	18 Mo	18 Do	18 Sa	18 Di	18 Fr	18 So	18 Mi	18 Fr
19 Mo	19 Do	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr	19 So	19 Mi	19 Sa	19 Mo	19 Do	19 Sa
20 Di	20 Fr	20 Fr	20 Mo	20 Mi	20 Sa	20 Mo	20 Do	20 So	20 Di	20 Fr	20 So 4. Advent
21 Mi	21 Sa	21 Sa	21 Di	21 Do	21 So	21 Di	21 Fr	21 Mo	21 Mi	21 Sa	21 Mo
22 Do	22 So	22 So	22 Mi	22 Fr	22 Mo	22 Mi	22 Do	22 Di	22 Do	22 So	22 Di
23 Fr	23 Mo	23 Mo	23 Do	23 Sa	23 Di	23 Do	23 So	23 Mi	23 Fr	23 Mo	23 Mi
24 Sa	24 Di	24 Di	24 Fr	24 So	24 Mi	24 Do	24 Mo	24 Do	24 Sa	24 Di	24 Do
25 So	25 Mi	25 Mi	25 Sa	25 Mo	25 Do	25 Sa	25 Di	25 Fr	25 So	25 Mi	25 Fr
26 Mo	26 Do	26 Do	26 So	26 Di	26 Fr	26 So	26 Mi	26 Sa	26 Mo	26 Do	26 Sa
27 Di	27 Fr	27 Fr	27 Mo	27 Mi	27 Sa	27 Mo	27 Do	27 So	27 Di	27 Fr	27 So
28 Mi	28 So	28 So	28 Di	28 Do	28 So	28 Di	28 Fr	28 Mo	28 Mi	28 Sa	28 Mo
29 Do	28 Sa	29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo	29 Mi	29 Sa	29 Di	29 Do	29 So	29 Di
30 Fr	29 So	30 Mo	30 Do	30 Sa	30 Di	30 Do	30 So	30 Mi	30 Fr	30 Mo	30 Mi
31 Sa	31 Di	31 Di	31 Do	31 So	31 Fr	31 Fr	31 Mo	31 Do	31 Sa	31 Mo	31 Do



Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin
 Telefon: 0385/525-0, Telefax: 0385/5252121
 E-Mail: poststelle@landtag-mv.de, Internet: www.landtag-mv.de

Stand: 24. September 2025

- Sitzungswochen Landtag
- Sitzungswochen Landtagsausschüsse
- Für Veranstaltungen der Fraktionen, die Wahlkreisarbeit und Sonder Sitzungen der Ausschüsse reservierte Zeit.
- Tagungswochen Deutscher Bundestag
- Planaritzungen Bundesrat
- Sitzungsfreie Zeit

Erleben Sie den Frühling am Schloss

Exklusive Burggartenführungen

■ Entdecken Sie den Burggarten des Schweriner Schlosses, ein Meisterwerk klassischer deutscher Gartenkunst, gestaltet von den renommierten Gartengestaltern Peter Joseph Lenné, dem Gartendirektor von Potsdam-Sanssouci, und Theodor Klett, dem Schweriner Hofgärtner. Umgeben von der majestätischen Kulisse des Schweriner Schlosses, bietet der Garten mit seinen kunstvoll angelegten Terrassen, Wasserspielen, Skulpturen sowie der vielfältigen Flora und Fauna ein idyllisches Erlebnis.

Genießen Sie einen entspannten Rundgang um die Schlossinsel und lernen Sie mehr über die Architektur, Flora und Fauna des Burggartens kennen. Ein Höhepunkt ist die Orangerie mit wunderbarem Blick auf den Schweriner See. Diese kostenpflichtige Führung dauert etwa 60 Minuten und ist bei guter Witterung täglich nach Absprache zwischen 9 Uhr und 19 Uhr möglich. Führungen für Gruppen bis zu 10 Personen kosten 80 Euro, für bis zu 20 Personen 110 Euro.



Die Orangerie am Schweriner Schloss vermittelt mediterranes Flair.

Fotos: Uwe Simnecker



Zahlreiche Skulpturen laden zum Verweilen ein.



An dieser Stelle befand sich im 19. Jahrhundert ein Küchen-Versorgungskanal mit Verbindung zum Schweriner See.



Buchung über: